



Presseschau vom 28.02.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Als Reaktion auf die Angriffe von ukrainischer Seite auf die Volksrepubliken im Donbass hat der russische Präsident Wladimir Putin eine Militäraktion angeordnet. Die Operation wurde inzwischen auch auf Teile der Ukraine, vor allem auf militärische Ziele, ausgeweitet. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen....

<https://kurz.rt.com/2tg9>

Ulrich Heyden: Ist Wladimir Putin ein "wahnsinniger Imperialist"?

Nach dem russischen Einmarsch erhebt der Westen schwerste Vorwürfe gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin. Er sei ein unmenschlicher Nationalist, der die Demokratie in seinem Nachbarland fürchte. Die gängigsten Vorurteile hat der freie Autor Ulrich Heyden gesammelt. ...

<https://kurz.rt.com/2uez>

Dagmar Henn: Ein demokratisches Europa müsste helfen, die Ukraine von Nazis zu befreien

Ist die heutige Ukraine wirklich etwas, was Europa will? Der ukrainische Präsident Selenskij hat erklärt, er wolle Atomwaffen, und Nazibataillone wie Asow haben freie Hand. Eigentlich müsste es im europäischen Interesse sein, beides zu beenden. ...

<https://kurz.rt.com/2uf1>

Uli Gellermann: Andrij Melnyk im Bundestag – Beifall für einen Nazi-Verehrer

Der Mann, der noch jüngst von deutscher „Arroganz und Größenwahn“ sprach, der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, durfte am 27. Februar im Bundestag rauschende Ovationen genießen: Die deutsche Waffenlieferung für die Ukraine hat seine Sicht auf das Gastland fundamental verändert ...

<https://snanews.de/20220228/andrij-melnyk-im-bundestag-5586428.html>

de.rt.com: Mehrere russische Politiker und Oligarchen sprechen sich gegen den Krieg aus

Nicht nur zahlreiche Künstler, Sportler und Wissenschaftler sprechen sich derzeit gegen Russlands Vorgehen in der Ukraine aus. Auch einige russische Politiker und Milliardäre verurteilen die Vorgänge im Nachbarland. ...

<https://kurz.rt.com/2ugl>

Aleksey Imajew: Mit welchen Waffen Deutschland sich selbst und die Ukraine ausstatten will

Der Bundeshaushalt 2022 soll laut dem Bundeskanzler Olaf Scholz mit einem Sondervermögen von 100 Milliarden Euro ausgestattet werden. Deutschland will nun die Bundeswehr modernisieren und Waffen an die Ukraine liefern. Was genau Berlin nun an Kiew liefern will und welche Projekte für die Bundeswehr oberste Priorität haben, finden Sie im Weiteren. ...

<https://snanews.de/20220228/waffen-deutschland-ukraine-5589005.html>

de.rt.com: Rüstungskonzern Rheinmetall bietet Bundesregierung Milliardendeal an

Der Rheinmetall-Konzern hat dem Bund eine größere Lieferung von Rüstungsgütern angeboten. Die Offerte soll unter anderem Munition, Hubschrauber sowie Ketten- und Radpanzer beinhalten. Insgesamt soll es sich um ein Auftragsvolumen in Höhe von 42 Milliarden Euro handeln. ...

<https://kurz.rt.com/2ugu>

Irina Taran, Jelisaweta Komarowa: Ukraine sagt sich von Verpflichtungen des Nichtverbreitungsvertrags von Atomwaffen los – Warum?

Das Kiewer Regime hat sich geweigert, die nukleare Sicherheit im Kernkraftwerk Tschernobyl zu gewährleisten, nachdem die Anlage unter russische Kontrolle gekommen war. Außerdem hat es sich von den Verpflichtungen der Ukraine im Rahmen des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen losgesagt. ...

<https://kurz.rt.com/2ugr>

Tilo Gräser: Stoppt die Eskalation! Sorgt für Frieden in der Ukraine – und mit Russland!

Am 27. Februar 2022 hat Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) im Bundestag eine „historische Rede“ gehalten, melden bundesdeutsche Medien. ...

<https://snanews.de/20220228/stoppt-die-eskalation-sorgt-fuer-frieden-in-der-ukraine--und-mit-russland-5588779.html>

de.rt.com: Kosovo will dauerhafte Stationierung der US-Streitkräfte und beschleunigte NATO-Aufnahme

Die USA haben im Kosovo einen der größten US-Stützpunkte außerhalb der Vereinigten Staaten. Nun hat die abtrünnige serbische Provinz angekündigt, Washington um eine

dauerhafte Stationierung von Streitkräften auf ihrem Territorium zu bitten, sowie eine schnellere NATO-Aufnahme. ...

<https://kurz.rt.com/2ufq>

Hermann Ploppa: Putins Einfall in die Ukraine: Flucht nach vorn?

Bevor Russland das Messer an die Kehle gesetzt wird, erfolgte der Präventivschlag. Ein Verlierer bei diesem Vabanque-Spiel steht jetzt schon fest: Westeuropa - und dabei ganz besonders Deutschland. ...

<https://kurz.rt.com/2uh6>

abends/nachts:

22:17 snanews.de: EU wird Kiew Waffen für 500 Millionen Euro liefern

Aufgrund der russischen Sonderoperation in der Ukraine haben die EU-Außenminister am Sonntag vereinbart, der ukrainischen Armee beispiellose Hilfe zu leisten, einschließlich der Finanzierung von Waffenlieferungen im Wert von 450 Millionen Euro.

Dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell zufolge wird Kiew nun Waffen im Wert von 450 Millionen Euro und 50 Millionen Euro für andere Ausrüstung bekommen. „Wir tun dies zum ersten Mal“, sagte er bei einem Briefing.

Die EU-Verteidigungsminister sollen sich in Kürze treffen und darüber beraten, wie diese Waffen an die ukrainische Seite geliefert werden könnten. Polen soll dabei zu einer Drehscheibe für deren Sammeln werden, so der Diplomat.

Die Entscheidung werde in den kommenden Stunden formell gemacht und veröffentlicht, hieß es.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/05/4581014_0:0:3072:1728_1920x0_80_0_0_6c27df21c46b559e486728bd7a5ba53e.jpg

22:34 snanews.de: EU will der Ukraine Kampfflugzeuge liefern

Laut dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell plant die Europäische Union (EU) unter anderem, Kampfflugzeuge als Teil der Militärhilfe an die Ukraine zu liefern.

„Wir beabsichtigen, Waffen, darunter auch Kampfflugzeuge, zu liefern“, sagte Borrell bei einem Briefing im Anschluss an eine Videokonferenz unter Beteiligung der EU-Außenminister.

Zuvor teilte er mit, die EU-Außenminister hätten vereinbart, der ukrainischen Armee beispiellose Hilfe zu leisten, bei der es sich um die Finanzierung von Waffenlieferungen in Höhe von 450 Millionen Euro sowie von Ausrüstung in Höhe von 50 Millionen Euro handle. Eine Reihe von EU-Staaten werde auch bilateral der Ukraine Kampfwaffen liefern. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/12/5406705_0:215:3146:1985_1920x0_80_0_0_95acab5682aecb827b2021019d815955.jpg

22:44 snnews.de: **IGH bestätigt Eingang der ukrainischen Klage gegen Russland**

Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat am Sonntag den Eingang des Antrags der Ukraine auf Klageerhebung wegen Völkermordes gegen Russland bestätigt. In dem Antrag bestreitet Kiew auch die Völkermordvorwürfe Russlands in den Donbass-Republiken Lugansk und Donezk.

„Am 26. Februar 2022 reichte die Ukraine einen Antrag auf Einleitung eines Verfahrens gegen die Russische Föderation vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) ein“, lautet die IGH-Pressemitteilung. Die Klage betreffe „eine Streitigkeit ... über die Auslegung, Anwendung und Erfüllung der Konvention von 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes“, hieß es weiter. Der IGH führt die Vorwürfe der ukrainischen Seite an: „Die Russische Föderation hat fälschlicherweise behauptet, dass es in der Region zu Völkermord gekommen ist. Lugansk und Donezk in der Ukraine, und erkannte auf dieser Grundlage die sogenannten ‚Donezker Volksrepublik‘ und ‚Lugansker Volksrepublik‘ an, und erklärt dann, es werde eine ‚besondere Militäroperation‘ gegen die Ukraine durchgeführt.“ Nach Angaben des IGH bestreitet die Ukraine kategorisch, dass ein solcher Völkermord in den Donbass-Republiken stattgefunden hat. Kiew hingegen beschuldigt Russland, „Akte des Völkermordes in der Ukraine zu planen“ und behauptet, dass Russland „vorsätzlich Personen ukrainischer Nationalität tötet und ihre körperliche Unversehrtheit schwer beschädigt“. Zuvor hatte der ukrainische Präsident Wladimir Selenski am Sonntag auf sozialen Netzwerken mitgeteilt, dass die Ukraine eine offizielle Klage gegen Russland beim IGH eingereicht habe ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/1b/5576573_0:147:2981:1824_1920x0_80_0_0_3689a

[97051e62b8f3e51fb2e9d90fe6c.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/1b/5576766_0:0:3134:1764_1920x0_80_0_0_d8d478efa38c296bbfc2b54edd47438b.jpg)

22:57 snanews.de: **Sonderoperation: Der Westen lässt Russland mit der Nato-Erweiterung keine Wahl – Assads Beraterin**

Die westlichen Länder haben Russland bei der Entscheidung über die Ukraine keine Wahl gelassen, indem sie die Nato-Osterweiterung fortgesetzt haben, sagte die syrische Präsidentenberaterin Bouthaina Shaaban.

„Der Westen hat seine Verpflichtungen in Bezug auf die Nato-Nichterweiterung nach Osten nicht erfüllt, so dass Russland keine andere Wahl hatte“, wird Shaaban am Sonntag vom syrischen Staatsrundfunk zitiert. Alle Länder, die sich in der Situation in der Ukraine gegen Russland gestellt haben, würden in Zukunft die Verantwortung tragen müssen. Dazu gehöre auch die Türkei, die mit ihrer Haltung den russisch-türkischen Beziehungen schade, so die Beraterin.

„Der Westen setzt Mittel ein, um das Bild Russlands zu verzerren und seine eigenen Ziele zu erreichen“, fügte Shaaban hinzu. Nach ihren Worten kann heute niemand auf der Welt vorhersagen, wie die derzeitige Krise enden werde. Die Sonderoperation Russlands beurteilte die Beraterin wie folgt:

„Russland hätte schwerere Verluste erlitten, wenn es diese Entscheidung nicht getroffen hätte.“ ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/1b/5576766_0:0:3134:1764_1920x0_80_0_0_d8d478efa38c296bbfc2b54edd47438b.jpg

3:39 (1:39) ria.ru: **Die Europäer müssen den Preis für Maßnahmen gegen Russland zahlen, sagte die Chefin der EU-Kommission**

Die EK-Chefin Ursula von der Leyen räumte ein, dass die Europäer den Preis für Maßnahmen gegen Russland zahlen werden.

Die Europäer werden unter den gegen Russland eingeführten Maßnahmen leiden, räumte die Chefin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, in einem Interview mit Euronews ein.

Sie wurde gefragt, "wie weit die Solidarität mit der Ukraine gehen wird", denn Europa "wird natürlich den Preis für diese Maßnahmen zahlen müssen".

„Ja, wir wissen, dass jeder Krieg seinen Preis hat, und wir sind sehr solidarisch mit der Ukraine“, sagte der EU-Kommissionschefin.

Gleichzeitig sollte ihrer Meinung nach die Ukraine schließlich der Europäischen Union beitreten.

Sanktionen

Westliche Länder kündigten eine neue Runde der Sanktionsspirale an, die seit 2014 abgewickelt wird, nachdem Präsident Wladimir Putin am 21. Februar Dekrete zur

Anerkennung der Souveränität der LVR und der DVR unterzeichnet und am 24. Februar den Start einer Sonderoperation im Donbass angekündigt hatte.

Mehrere große russische Banken fielen unter die neuen Beschränkungen, darunter Sberbank und WTB. Für manche Staatsunternehmen ist es schwierig, ausländisches Kapital anzuziehen. Die Lieferung von Hightech-Produkten nach Russland wurde mit Sanktionen belegt.

Deutschland hat die Zertifizierung der Gaspipeline Nord Stream 2 eingestellt.

Moskau erklärte, es habe im Voraus einen Aktionsplan für den Fall einer neuen Welle von Sanktionen vorbereitet und werde Unternehmen, die unter die Beschränkungen fallen, jede notwendige Unterstützung leisten, um das reibungslose Funktionieren der Wirtschaft sicherzustellen. Die Regierung entwickelt auch Reaktionsmaßnahmen, aber Details sind noch nicht bekannt.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/0a/16/1755864835_0:67:3076:1797_1280x0_80_0_0_405b584c8bfca3103bc2708478f8479b.jpg

5:19 (3:19) ria.ru: **Die EU hat Geschäfte im Zusammenhang mit der Verwaltung von Vermögenswerten der Bank von Russland verboten**

Laut einem im Amtsblatt der EU veröffentlichten Dokument hat die Europäische Union Operationen im Zusammenhang mit der Verwaltung von Reserven und Vermögenswerten der Zentralbank von Russland verboten.

„Transaktionen im Zusammenhang mit der Verwaltung von Reserven sowie Vermögenswerten der Zentralbank von Russland sind verboten, einschließlich Transaktionen mit juristischen Personen, Organisationen oder Körperschaften, die im Auftrag oder im Namen der Zentralbank von Russland handeln“, heißt es in dem Artikel 1a, Absatz 4 des Dokuments. Es wird jedoch präzisiert, dass die EU Transaktionen mit der russischen Regulierungsbehörde zulassen kann, wenn dies „für die finanzielle Stabilität der Union oder des betreffenden Landes unbedingt erforderlich“ ist.

„Abweichend von Absatz 4 können die zuständigen Behörden eine Transaktion genehmigen, sofern dies unbedingt erforderlich ist, um die Finanzstabilität der Union insgesamt oder des betreffenden Mitgliedstaats zu gewährleisten“, heißt es in dem Dokument.

Die Verordnung soll am Tag ihrer Veröffentlichung in Kraft treten, heißt es in dem Dokument.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/01/0d/1767717610_0:46:3154:1820_1280x0_80_0_0_cef4ca2a328aa32d41c8b0ce155fe885.jpg

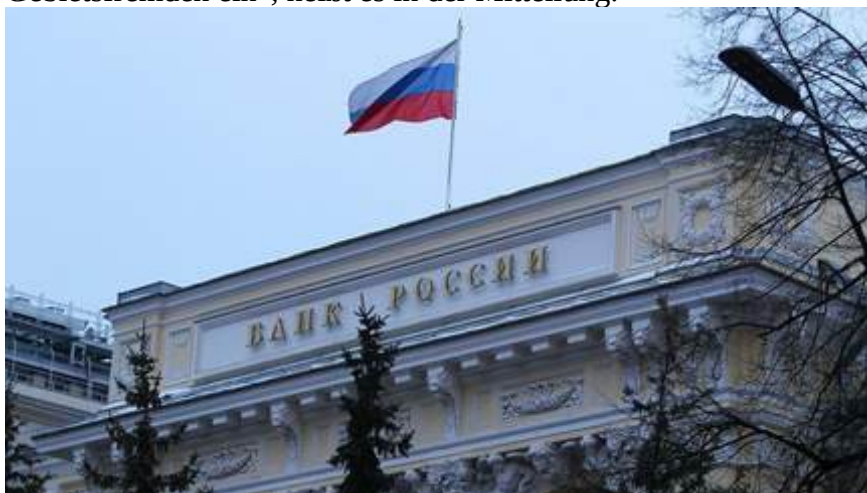
vormittags:

7:57 (5:57) ria.ru: **Die Zentralbank bestätigte die Angaben über das Verbot für Ausländer, Wertpapiere zu verkaufen**

Die Zentralbank untersagte Brokern vorübergehend, Wertpapiere im Namen ausländischer Kunden zu verkaufen.

Ab dem 28. Februar hat die Bank von Russland Brokern vorübergehend verboten, Wertpapiere im Namen ausländischer Kunden zu verkaufen, berichtet der Pressedienst der Regulierungsbehörde.

„Die Bank von Russland führt ab dem 28. Februar 2022 ein vorübergehendes Verbot für Makler zur Ausführung von Transaktionen zum Verkauf von Wertpapieren im Namen von Gebietsfremden ein“, heißt es in der Mitteilung.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/01/0d/1767711957_0:0:3117:1753_1280x0_80_0_0_d b371c09ab62b3f698a92aed7911d075.jpg

7:59 (5:59) ria.ru: **Putin kam der Invasion der Streitkräfte der Ukraine im Donbass einen Tag zuvor - Staatsduma**

Der Abgeordnete der Staatsduma aus der Krim-Region, Michail Scheremet, sagte, dass der russische Präsident Wladimir Putin, mit dem Start einer speziellen Militäroperation zur Entmilitarisierung der Ukraine dem Einmarsch der ukrainischen Armee in die Republiken des

Donbass einen Tag voraus war.

„Nach zuverlässigen Informationen hätte die ukrainische Armee angegriffen, wenn unser Präsident mit einer Militäroperation einen Tag zu spät gekommen wäre. Sie hatte bereits mit der Artilleriesvorbereitung begonnen, und unter Aufsicht und Unterstützung der NATO hätte sie den Volksrepubliken im Donbass den Garaus gemacht“, sagte Scheremet gegenüber RIA Novosti.

Darüber hinaus gibt es seiner Meinung nach keine Garantie dafür, dass die Ukraine nicht mit der Entwicklung von Atomwaffen begonnen hat, da die gesamte notwendige Infrastruktur auf ukrainischer Seite aus der Sowjetzeit erhalten geblieben ist. „Atomwaffen in den Händen eines nationalistischen und terroristischen Staates könnten zu einer weltweiten Katastrophe führen“, sagte der Abgeordnete.

Scheremet betonte, dass der russische Präsident die richtigen Schritte unternommen habe, indem er eine Militäroperation gestartet habe, deren letztendliches Ziel darin bestehe, die Interessen des gesamten multinationalen Volkes Russlands zu schützen, Bedrohungen zu beseitigen und einen schnellen Frieden im Nachbarstaat herzustellen. "Wir müssen uns vereinen und vollenden, was unsere heldenhaften Großväter nicht vollendet haben. Leider existiert unsere liebe und nahe Ukraine nicht mehr, sie ist unheilbar krank und wird zu einem Aufenthaltsort und einer fortschreitenden Brutstätte der faschistischen Pest", sagte der Abgeordnete. ...



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/02/17/1774498220_0:0:3084:1735_1280x0_80_0_0_18bf9c7b017cc5b203cb6dc369eb4823.jpg

8:01 (6:01) novorosinform.org: **Kessel von Mariupol geschlossen: Karte veröffentlicht**
Der Militäranalyst Boris Roshin veröffentlichte eine Karte des Kessels, in den das ukrainische Militär in Mariupol geriet.

Laut dem Telegram-Kanal "Notizen eines imperialen Anarchisten" unter Berufung auf den Militärexperten ist der Kessel gestern geschlossen worden.

„Aber die Dituation ändert sich schnell, und Karten können schnell veraltet sein“, sagte der Analyst.

Ihm zufolge werden heute positive Veränderungen erwartet.



https://novorosinform.org/content/images/99/17/39917_720x405.jpg

8:06 (6:06) rusvesna.su: **Berdjansk wurde von der russischen Armee befreit**

Am Abend des 27. Februar geriet die Kurstadt Berdjansk in der Region Saporoshje unter die Kontrolle der russischen Armee.

Diese Tatsache wurde vom Bürgermeister von Berdjansk, Alexander Swidlo, bestätigt.

Anders als der Bürgermeister von Kupjansk in der Region Charkow weigerte sich Swidlo ausdrücklich zu kooperieren und zog mit seinen Untergebenen in einen anderen Raum, aber nach seinen eigenen Worten „wird die Sicherheit in der Stadt vom russischen Militär kontrolliert“.

Die russische Armee bewegt sich unaufhaltsam durch die südlichen Regionen nach Osten, wo der Kessel von Mariupol für die Streitkräfte der Ukraine geschlossen wird.

6:58 snanews.de: **Metropolitan Opera verzichtet auf Zusammenarbeit mit russischen Künstlern, die Putin unterstützen**

Die New Yorker Metropolitan Opera beabsichtigt nicht mehr, mit Künstlern und Organisationen zusammenzuarbeiten, die den russischen Präsidenten Wladimir Putin unterstützen. Das erklärte der Generaldirektor Peter Gelb in einer Videoerklärung auf der Website der Oper.

„Wir glauben zwar fest an die herzliche Freundschaft und den kulturellen Austausch, der seit langem zwischen Künstlern und Kultureinrichtungen in Russland und den USA besteht, aber wir können nicht länger mit Künstlern oder Organisationen zusammenarbeiten, die Putin unterstützen oder von ihm unterstützt werden“, so Gelb in seiner Videobotschaft.

Er fügte hinzu, dass die Zusammenarbeit unmöglich sei, solange „Invasionen und Tötungen“ stattfinden. In seiner Ansprache brachte Gelb seine Unterstützung für die Ukraine zum Ausdruck und forderte die „Führer der freien Welt“ dazu auf, sie zu unterstützen.

„Wir sind weiterhin solidarisch mit der Ukraine, ihren mutigen Führern, Bürgern und Künstlern.“ ...



https://cdn1.snane.de/img/07e6/02/1c/5577413_0:487:2730:2023_1920x0_80_0_0_705ecbc997152b6b21b24c4daef98645.jpg

7:15 de.rt.com: **EU setzt Sanktionen gegen russische Zentralbank in Kraft**

Pünktlich zur Öffnung der Finanzmärkte am Montag treten neue EU-Sanktionen gegen die russische Zentralbank in Kraft. Werden sie eine Auswirkung auf die Politik des russischen Präsidenten Wladimir Putin haben?

In der Nacht zum Montag hat die EU neue Sanktionen gegen die russische Zentralbank in Kraft gesetzt. Diese umfassen nach Angaben von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ein Verbot von Transaktionen mit dem Finanzinstitut. Zudem werden alle Vermögenswerte der Bank in der EU eingefroren.

Die sogenannte Strafmaßnahme gilt als ebenso schwerwiegend wie der in Kürze geplante Ausschluss russischer Finanzinstitute aus dem Banken-Kommunikationsnetzwerk SWIFT. Nach Angaben des EU-Chefdiplomaten Josep Borrell wird die EU zusammen mit anderen G7-Staaten rund die Hälfte der Finanzreserven der russischen Zentralbank einfrieren. Borrell erklärte am Sonntagabend:

"Dies wird das Finanzsystem Russlands erheblich treffen."

Konkret werde Russland laut Experten zum Beispiel nicht mehr seine hohen Devisenbestände nutzen können, um den Rubel zu stabilisieren. Die russische Währung ist bereits jetzt geschwächt, für die Menschen in Russland dürfte das weitere Härten bringen.

Dass nicht alle Reserven der russischen Zentralbank blockiert werden können, liegt laut Borrell daran, dass nicht alle in westlichen Staaten gehalten werden. Er stellte fest:

"Wir können nicht die Reserven der russischen Bank blockieren, die sich in Moskau oder in China befinden."

Russland habe seine Reserven zuletzt mehr und mehr in Ländern geparkt, in denen sie nicht blockiert werden können.

Der Ausschluss russischer Banken aus SWIFT soll im Laufe des Tages verfügt werden. Zudem will die EU weitere Sanktionen gegen Russlands Partnerland Weißrussland sowie gegen russische Oligarchen, Geschäftsleute und Politiker in Kraft setzen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/621c699eb480cc68e13b5b3c.jpg>

7:16 snanews.de: **Ukrainische Delegation zu Verhandlungen in Weißrussland eingetroffen**

Die ukrainische Delegation, die an Verhandlungen mit Russland teilnehmen soll, ist am Montagmorgen in Weißrussland eingetroffen. Dies bestätigte gegenüber SNA der weißrussische Politologe Juri Woskressenski, der mit den Verhandlungskreisen vertraut ist. Die russische Delegation wartet auf die ukrainische Seite im weißrussischen Gebiet Gomel. Die Verhandlungen sollen am Montagmorgen stattfinden.

„Wir warten auf den Beginn der Verhandlungen, die ukrainische Delegation ist noch nicht gekommen“, sagte früher eine Quelle aus den diplomatischen Kreisen gegenüber SNA.

Die russische Delegation traf noch am Sonntagmorgen in Weißrussland ein.

Am Sonntagnachmittag, nachdem dem ukrainische Präsident Wladimir Selenski mit seinem weißrussischen Amtskollegen Alexander Lukaschenko gesprochen hatte, bestätigte die ukrainische Seite ihre Bereitschaft, in Weißrussland zu verhandeln. Zuvor hatte Selenski diese Möglichkeit abgelehnt und andere Orte wie Warschau, Budapest oder Istanbul als Verhandlungsorte vorgeschlagen. ...

9:23 (7:23) rusvesna.su: **Wir brauchen keine Verhandlungen mehr: Die Ukraine verschweigt nicht die Erwartungen an das Treffen in Belarus**

Während in Belarus alles für Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland bereit ist, die russische Delegation wartet und Belarus seinerseits alles in kürzester Zeit und auf höchster Ebene organisiert hat, verhehlt das Kiewer Regime seine Haltung nicht.

So sagt der ehemalige stellvertretende Verteidigungsminister der Ukraine Alexander Nosow offen: „Jetzt laufen Verhandlungen in Pripjat, sie werden zu nichts führen, wir brauchen sie nicht mehr.“ Und er irrt sich nur darin, dass die Verhandlungen noch nicht begonnen haben. Die ukrainische Delegation hat bezeichnende Verspätung, obwohl sie eigentlich schon gestern ankommen sollte.

Und der Leiter der ukrainischen Delegation, David Arachamia, schreibt auf seinem Twitter, ohne sich zu verstecken, dass die Verhandlungen „so verlaufen werden, wie die Ukraine es braucht, oder wie ein russisches Schiff“, in Anspielung auf den Satz, der angeblich von einem ukrainischen Seemann auf der Schlangeninsel gesagt wurde: „Russisches Schiff, fahr zur Hölle“.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/by_text/public/1_gomel_peregovori.jpg

10:19 (8:19) rusvesna.su: **Evakuierung ist möglich: Das russische Verteidigungsministerium appellierte an die Bevölkerung von Kiew**

Das russische Verteidigungsministerium appellierte an die Kiewer, die die Stadt verlassen wollen.

Alle Zivilisten in der Stadt können die Hauptstadt der Ukraine entlang der Autobahn Kiew-Wassilkow ungehindert verlassen, heißt es in dem Bericht, und es wird betont, dass diese Richtung offen und sicher ist.

Darüber hinaus kommentierte das russische Verteidigungsministerium die gestrige Erklärung der Kiewer Behörden, dass die Stadt unter Blockade stehe.

„Unsere Truppen garantieren jedem, der die Stadt verlassen will, die Sicherheit der Bewegung entlang der Autobahn Kiew-Wassilkow, es gibt keine humanitäre Katastrophe“, teilte das Verteidigungsministerium mit.

Darüber hinaus wird in der Erklärung betont, dass in Kiew bewaffnete Banden von Plünderern, Räubern und Nationalisten weit verbreitet sind, die Waffen aufgrund der kriminellen Entscheidung der Behörden erhalten haben, sie unkontrolliert an die Bevölkerung zu verteilen.

Man kann nur vermuten, wie bald die ukrainische kriminelle Propaganda beginnen wird, die Menschen in Kiew davon zu überzeugen, dass sie vom russischen Militär auf der Autobahn Kiew-Wassilkow erschossen werden.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/kyiv_101.jpg

8:53 snanews.de: **Lettland: Freiwillige werden an der ukrainischen Seite kämpfen dürfen**
 Schon diese Woche werden lettische Freiwillige in die Ukraine reisen und dort an Kämpfen an Kiews Seite teilnehmen dürfen. Dies kündigte der lettische Parlamentsabgeordnete Juris Jurass am Montag an.

Ein Vertreter des lettischen Außenministeriums teilte später mit, dass das Parlament für den Vorstoß gestimmt hatte.

„Unsere Bürgerinnen und Bürger, die die Ukraine unterstützen und dort freiwillig zur Verteidigung der Unabhängigkeit der Ukraine und unserer gemeinsamen Sicherheit dienen wollen, müssen dazu in der Lage sein“, sagte der Vorsitzende der parlamentarischen Kommission für Verteidigung, Inneres und Korruptionsprävention, Juris Rancanis, gegenüber Reuters.

Es war die Kommission von Rancanis, die den Entwurf des neuen Gesetzes verfasst hatte. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/1c/5579695_0:162:3071:1889_1920x0_80_0_0_350ff37dad67187409419e5a0c479e08.jpg

11:05 (9:05) ria.ru: **Ukrainische Militärs, die zur DVR überliefen, sagten, Kiew bereite sich auf einen Angriff vor**

Ukrainische Soldaten, die auf die Seite der Volksrepublik Donezk übergelaufen sind, bestätigen, dass Kiew eine Offensivoperation im Donbass vorbereitete, sagte der offizielle Vertreter der Volksmiliz der DVR, Eduard Basurin.

„Wir haben die Pläne des Generalstabs der Streitkräfte der Ukraine bezüglich der Offensivoperation hier in unserem Donbass in die Hände bekommen. Und wenn wir anfangen, mit den Soldaten zu sprechen, die freiwillig auf unsere Seite gegangen sind, bestätigen sie diese Pläne. Sie waren bereit, sie hatten bereits den Befehl erhalten, sich auf groß angelegte Militäroperationen vorzubereiten, und als diese militärische Spezialoperation begann, glaubten viele, dass sie zu dieser Zeit bereits begonnen hätten, das Territorium unserer Republik - des Landes - zu bombardieren. Daher hat die Spezialoperation pünktlich begonnen“, sagte Basurin in der Sendung von Rossiya 24.

Ihm zufolge begann die Operation vorzeitig. „Denn wenn wir das nicht getan hätten, hätte es viel mehr zivile Opfer gegeben als die Zahlen, die wir ohnehin haben“, fügte der Vertreter der Volksmiliz hinzu.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/02/16/1774249570_0:0:1280:720_1280x0_80_0_0_739f9294ed3474f91ac4045b84501c5e.jpg

10:00 snanews.de: **Selenskis Büro: Schlüsselfrage der Verhandlungen ist Abzug russischer Truppen**

Laut dem Büro des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski ist die Schlüsselfrage der bevorstehenden Verhandlungen mit Russland die Vereinbarung eines Waffenstillstands und der Abzug russischer Truppen aus der Ukraine.

Am Montag traf die ukrainische Delegation in Weißrussland ein. Videoaufnahmen zeigten zwei Hubschrauber, die vor Ort der Verhandlungen landeten.

Laut dem Büro des Präsidenten sind unter den Mitgliedern der ukrainischen Delegation der Verteidigungsminister, der stellvertretende Außenminister, der Chef der Regierungspartei sowie Vertreter des präsidentialen Büros und der trilateralen Kontaktgruppe. Die russische Delegation umfasst Vertreter des Außenministeriums, des Verteidigungsministeriums und anderer Abteilungen, einschließlich der Präsidentialverwaltung.

Am Sonntagnachmittag, nachdem dem ukrainische Präsident Wladimir Selenski mit seinem weißrussischen Amtskollegen Alexander Lukaschenko gesprochen hatte, bestätigte die ukrainische Seite ihre Bereitschaft, in Weißrussland zu verhandeln. Zuvor hatte Selenski diese Möglichkeit abgelehnt und andere Orte wie Warschau, Budapest oder Istanbul als Verhandlungsorte vorgeschlagen. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/1c/5580831_0:161:3066:1886_1920x0_80_0_0_af9267127d113e6f62c0a40679bf7697.jpg

10:15 snanews.de: **Brasilien wird anti-russischen UN-Resolutionen nicht zustimmen – Bolsonaro**

Brasilien wird in Bezug auf den Ukraine-Konflikt eine neutrale Haltung einnehmen und keine UN-Resolution unterstützen, die den russischen Präsidenten Wladimir Putin verurteilen oder sanktionieren wird. Das sagte der Präsident des Landes, Jair Bolsonaro, laut dem Nachrichtenportal „G1“ am Wochenende.

„Keine Sanktion oder Verurteilung für Präsident Putin“, versicherte Bolsonaro. Brasiliens Stimme sei an keine Macht gebunden. „Unsere Stimme ist frei und wird in diese Richtung abgegeben“. Brasiliens Position sei ausgewogen.

„Und wir können uns nicht einmischen. Wir wollen Frieden, aber wir können hier keine Konsequenzen ziehen“.

In Bezug auf die russische Militäroperation in der Ukraine wies Bolsonaro darauf hin, dass „ein großer Teil der Bevölkerung der Ukraine Russisch spricht“. Sie seien „praktisch Schwesterländer“. Was die Belagerung der ukrainischen Hauptstadt Kiew durch die russische Armee anbetreffe, sei es „übertrieben, von einem Massaker zu sprechen“.

Putin habe Bolsonaro zufolge kein Interesse daran, ein Massaker zu verüben. „Er arbeitet in zwei Regionen der Südukraine, in denen mehr als 90 Prozent der Bevölkerung in einem Referendum unabhängig werden wollten und sich Russland näherten.“ Bolsonaro sagte weiter, dass das ukrainische Volk „einem Komiker vertraut hat, das Schicksal der Nation zu bestimmen“.

Brasilien werde neutral bleiben und auf jede erdenkliche Weise bei der Suche nach einer Lösung helfen. „Die ganze Welt ist miteinander verbunden und was 10.000 Kilometer entfernt passiert, beeinflusst Brasilien“, sagte Bolsonaro.

„Wir müssen sehr verantwortungsvoll sein, denn wir haben Geschäfte, vor allem mit Russland. Brasilien ist auf Düngemittel angewiesen.“

Russland hatte zuvor im UN-Sicherheitsrat eine Resolution blockiert, welche die Operation zur Entmilitarisierung der Ukraine verurteilt. Grund dafür sei der antirussische und antiukrainische Charakter des Entwurfes, erklärte der russische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Wassili Nebensja.

Außerdem legte Russland sein Veto gegen einen Resolutionsentwurf des UN-Sicherheitsrats, in dem das Ende der Operation zur Entmilitarisierung der Ukraine gefordert wurde. Elf Mitgliedstaaten stimmten für das Dokument, während drei sich der Stimme enthielten.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/06/02/2339544_0:297:3072:2025_1920x0_80_0_0_53aa424da9ec3972e2d3d8364daa7752.jpg

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage um 10:30 am 28.2.22**

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt angespannt.

Artillerieeinheiten der bewaffneten Formationen der Ukraine verüben weiter zielgerichtet Schläge auf Wohngebiete von Ortschaften der Donezker Volksrepublik.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **40-mal das Feuer auf das Territorium der Donezker Volksrepublik** unter Einsatz Mehrfachraketenwerfern, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern **eröffnet** und **1715 Geschosse** abgefeuert. Unter Beschuss gerieten **18 Ortschaften** der Republik.

Infolge der ukrainischen Aggression gibt es **Opfer unter der Zivilbevölkerung.**

Drei Bürger starben und sechs wurden verletzt. Es wurden 31 Wohnhäuser, 19 Objekte der zivilen Infrastruktur und ein Fahrzeug beschädigt.

Außerdem haben ukrainische Kämpfer das **Gelände der Filterstation Nr. 2 des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“** und die Siedlung **Pobeda** beschossen.

Infolge von Beschuss auf **Dokutschajewsk** wurde eine Stromleitung beschädigt, die Verteilungsstation 337 und die Transformatorunterstation 327. Etwa 1000 Verbraucher haben keinen Strom. Außerdem wurde eine Wasserleitung Durchmesser 800mm beschädigt, weswegen 32.000 Verbraucher und 21 Heizwerke keine Wasserversorgung haben.

Die Materialien zu Verletzung und Tod von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der BFU hinzuzufügen.

Zum Stand am 28. Februar 2022 befinden sich **18 Ortschaften, die zuvor unter Kontrolle der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte waren, unter Kontrolle der Einheiten der Volksmiliz der DVR: Pawlopol, Pischtschewik, Wiktorowka, Bogdanowka, Nowognatowka, Nikolajewka, Rybinskoje, Trudowskoje, Wassiljewka, Prochorowka, Starognatowka, Swobodnoje, Donskoje, Anadol Andrejewka, Gnutowo, Granitnoje und Bugas.**

Unsere Einheiten setzten die Maßnahmen zur Befreiung der Ortschaften Talakowka, Kamenka und Wolnowacha von den ukrainischen Besatzern durch.

Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, während Sie zum Preis Ihres Lebens Widerstand leisten, plündern **bewaffnete Nationalisten** auf Geheiß Selenskijs Ihr Land aus! Am 27.

Februar haben sie einen **Angriff auf eine Fahrzeugkolonne der Zentralbank der Ukraine verübt**, die einen Goldvorrat transportierte, zwei Fahrzeuge wurden erbeutet. Sie rauben Banken und Autogeschäfte aus, während Sie gegen die Befreiungskräfte der Spezialoperation

kämpfen. Stellen Sie den Widerstand ein, und gemeinsam werden wir in der Ukraine Ordnung schaffen. Soldaten, die freiwillig die Waffen niederlegen, garantieren wir Ihr Leben und die Rückkehr nach Hause. Denken Sie an Ihre Zukunft.

10:55 snanews.de: **Ukrainische Armee kämpft gegen Zivilbevölkerung – Donezk-Chef Puschilin**

Die Lage an der Kontaktlinie in der Donbass-Republik Donezk bleibt weiter angespannt. Nach Angaben von Republikchef Denis Puschilin führen ukrainische Verbände dort weiterhin Krieg gegen die Zivilbevölkerung.

Der Kampf der ukrainischen Armee gegen die Zivilbevölkerung ist laut Puschilin „das Schrecklichste“, was man in der Donbass-Republik derzeit beobachten könne. Ein besonderes Ausmaß nimmt dieser Kampf demnach an, wenn die ukrainischen Truppen sich zurückziehen. „Sie versuchen, so viel Schaden wie möglich anzurichten. Dabei nehmen sie überhaupt keine Rücksicht darauf, wie vielen Menschen es dort ums nackte Überleben geht“, sagte der DVR-Chef in einem Fernsehinterview am heutigen Montag.

Ukraine beschießt Zivilisten im Donbass

So seien in der Volksrepublik Donezk allein in den vergangenen 24 Stunden durch den Beschuss von ukrainischer Seite weitere drei Menschen getötet und sechs verletzt worden, teilte er mit. Die Befreiung der Ortschaften in der DVR von ukrainischen Einheiten gehe indes weiter:

„Wir kommen langsam, aber sicher voran.“

Puschilin selbst geriet eigenen Angaben zufolge unter Beschuss. Für ihn sei es aber „reine Alltäglichkeit“, mit ihm sei „alles in Ordnung“. Dies passierte in der Siedlung Pawlopol circa 70 Kilometer südlich von Donezk, die am gestrigen Sonntag von den Donezker Kräften unter Kontrolle gebracht worden ist – eine von insgesamt 17 Ortschaften, die die Donezker Volksmiliz nach eigenen Angaben am 27. Februar befreit hat. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/12/5418821_0:209:2896:1838_1920x0_80_0_0_c72cb_d9771f95c4d0d8fa078a4258b59.jpg

10:55 snanews.de: **Donezker Volksmiliz: Ukrainische Streitkräfte nehmen zivile Bewohner von Mariupol als Geisel**

Ukrainische Streitkräfte haben die Zivilbevölkerung der Stadt Mariupol als Geisel genommen. Darüber berichtete der offizielle Vertreter der Volksmiliz in der Republik Donezk, Eduard Bassurin, gegenüber lokalen Medien.

„Es ist noch zu früh, über die Befreiung von Mariupol zu sprechen – die ukrainischen Einheiten, die sich von der Frontlinie dorthin zurückziehen, verminen die Stadt und lassen lokale Bewohner nicht raus“, sagte Bassurin.

Dem Volksmilizvertreter zufolge ist es eine große Herausforderung, da das Eindringen in die

Wohngebiete viele Opfer fordern würde.

„Wir wollen keine Menschenopfer, deshalb wird diese Frage sehr schwierig sein.“

Nach seinen eigenen Aussagen halten die ukrainischen Militärs Zivilisten als Geiseln fest, weil sie „Angst haben, sich für die Verbrechen zu verantworten, die sie nicht nur im Donbass, sondern auch in der Ukraine an der Bevölkerung begangen haben.

Es wird also sehr schwierig sein. Es wird ein Verhandlungsprozess sein, wir werden sie davon überzeugen, ihre Waffen niederzulegen. Und die Menschen, die dort leben, sollten nicht für deren Verbrechen verantwortlich gemacht werden“, so Bassurin weiter.

Als die Donezker Republik im Jahr 2014 ausgerufen worden war, war die Stadt Mariupol nach Donezk die zweitgrößte Stadt der Republik. Im Juni desselben Jahres hatten die ukrainischen Sicherheitskräfte jedoch die Kontrolle über Mariupol zurückgewonnen, und die östlichen Vororte der Stadt waren zu einem der heißesten Konfliktherde in der Ostukraine geworden.

Am Donnerstagmorgen hatte Wladimir Putin in seiner Ansprache an die Bürger Russlands den Beginn einer Sondermilitäroperation zum Schutz der Donbass-Republiken Lugansk und Donezk verkündet. Die Ukraine rief daraufhin den Kriegszustand aus. Der russische Präsident versicherte, dass Moskau keine Pläne habe, die Ukraine zu besetzen. Es gehe nur um ihre „Demilitarisierung und Denazifizierung“. Die Europäische Union hatte darauf mit mehreren Sanktionspaketen reagiert und der Ukraine ihre Unterstützung, unter anderem die militärische, zugesichert.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/1c/5580890_0:0:3067:1725_1920x0_80_0_0_f329c1b40d8ea52ddfb16e4cb5cc21d0.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Die Volksmiliz der LVR befreit weiter von Kiew besetztes Territorium. Am 27. Februar haben die Einheiten der Volksmiliz Nowoachtyrka und Smojaninowo von den bewaffneten Formationen der Ukraine befreit.

11:40 snanews.de: **China unterstützt Swift-Ausschluss Russlands nicht**

Peking hat westliche Sanktionen darunter den Swift-Ausschluss Russlands als Mittel zur Lösung von Konflikten abgelehnt. Wie der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Wang Wenbin, am Montag auf einer Pressekonferenz mitteilte, sollen die Sanktionen die Rechtsgrundlagen nicht verletzen.

„China unterstützt nicht den Einsatz von Sanktionen zur Lösung von Problemen und lehnt noch mehr einseitige Sanktionen ab, die keine Grundlage im internationalen Völkerrecht haben“, sagte der Wang Wenbin zu dem vom Westen beschlossenen Ausschluss Russlands aus dem internationalen Kommunikationsnetzwerk Swift.

Wenbin forderte auch, dass die USA die legitimen Rechte und Interessen Chinas und anderer

Parteien bei der Lösung der Ukraine-Frage nicht verletzen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/1c/5583042_0:0:3072:1728_1920x0_80_0_0_e0d9870a23a82f0d8526c0b54257e6e5.jpg

Lug-info.com: **Das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik bei Rossija-24.**

Der Gegner ist aktiv zum Diversionskrieg übergegangen. In einem der befreiten Territorien, in Trechisbjenka war praktisch ein Kampf. Das heißt, eine **Diversionsgruppe ist auf unsere Territorien gekommen**, verkleidet in Uniformen der Volksmiliz der LVR und begann auf Zivilisten zu schießen.

Beim Abzug vermint und vernichtet der Gegner alles auf einem Weg. Das heißt, der Gegner hat beim Abzug auf dem Territorium der Republik alle Brücken, alle Unterführungen vernichtet, praktisch die Verbindung zu den Territorien zerstört, die wir heute befreien. Zurzeit wird die Leistung humanitärer Hilfe für die Einwohner der befreiten Territorien organisiert. Es werden Waren des täglichen Bedarfs auf diese Territorien geliefert, damit die Menschen sich nicht im Stich gelassen fühlen, damit sie so wenig wie möglich die Folgen des Kriegs, der Kampfhandlungen verspüren.

Die Lage in der Republik selbst ist absolut stabil. Alle Lebenserhaltungssysteme arbeiten stabil: Strom, Gas, Wasser, alles funktioniert, Apotheken, Lebensmittel, alles ist organisiert. Es gibt Lieferungen. Die Einwohner der Republik haben da keine Probleme.

nachmittags:

12:09 snanews.de: **Gazprom: Russisches Gas wird durch Ukraine plangemäß geliefert**

Der Transit von russischem Gas durch die Ukraine läuft wie geplant, in Übereinstimmung mit den Anfragen der Verbraucher – 105,8 Millionen Kubikmeter zum Stand vom 28. Februar. Das erklärte das Unternehmen Gazprom am Montag.

„Gazprom liefert russisches Gas für Transit über das Territorium der Ukraine plangemäß, entsprechend den Anfragen von europäischen Verbrauchern – 105,8 Millionen Kubikmeter zum Stand vom 28. Februar“, so die Mitteilung.

Zuvor hatte es Berichte darüber gegeben, dass die Nachfrage nach russischem Gas inmitten der geopolitischen Spannungen um die Ukraine gestiegen ist. Das Gas von Gazprom sei nun wesentlich billiger als alternative Varianten. Gazprom hatte erklärt, dass es Gas über die Ukraine liefere, um den Wünschen der europäischen Verbraucher nachzukommen. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/0e/5014196_0:119:2623:1594_1920x0_80_0_0_b203d01160ac97425581dc5db9a9d01f.jpg

lug-info.com: **Die Volksmiliz der LVR hat Stschastje von den Kiewer Truppen befreit, teilte die Volksmiliz der LVR mit.**

Zuvor hatte die Volksmiliz mitgeteilt, dass die ukrainischen Streitkräfte am 26. Februar morgens Staniza Luganskaja kampflos verlassen haben. Die Flagge der LVR wurde am Kontroll- und Passierpunkten bei der Ortschaft gehisst. Am Morgen des 27. Februar erklärte die Volksmiliz, dass die LVR über Trechisbjenka vollständig die Kontrolle hergestellt hat, später wurden Nowoachtyrki und Smoljaninowo befreit. Zum Stand am Abend des 27. Februar hatte die Volksmiliz der DVR acht Ortschaften befreit.

12:11 snanews.de: **„Russische Invasion geht nicht so schnell“: Lambrecht zu Lieferung deutscher Waffen für die Ukraine**

Nach Angaben von Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) befinden sich deutsche Waffen zur Unterstützung der Ukraine „bereits auf dem Weg“. Luftabwehrwaffen und Panzerfäuste sollen Kiew im Konflikt gegen Russland helfen. Putin hätte sich verkalkuliert, so die Ministerin.

Laut Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) sind die versprochenen deutschen Waffen für die Ukraine „bereits auf dem Weg“. Das erklärte sie am Montag dem „Deutschlandfunk“. Es gehe in dieser Frage nicht um Tage, sondern um Stunden.

Russlands Präsident Wladimir Putin hätte sich verkalkuliert, kritisierte Lambrecht. Die „Invasion“ gehe nicht so schnell, wie Moskau sich das vorgestellt habe. Deshalb sei es wichtig, die Ukraine in ihrem Widerstand „gegen den russischen Angriff“ zu unterstützen. Die Bundesregierung werde der Ukraine Panzerfäuste und Luftabwehrwaffen vom Typ „Stinger“ zur Verfügung stellen. Berlin genehmigte darüber hinaus den Nato-Partnern Niederlande und Estland die Lieferung von Waffen, die ursprünglich aus der Bundesrepublik und der DDR stammen.

Die Verteidigungsministerin kommentierte auch die angekündigte Finanzaufstockung von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr durch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). Kernaufgabe der Bundeswehr sei die Landes- und Bündnisverteidigung, dafür müsse sie auch ausgestattet sein. Die deutsche Armee sei über Jahre hinweg ausgeblutet worden, meinte Lambrecht.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/06/0e/2493489_0:0:3200:1801_1920x0_80_0_0_5eab1654ec637d269456dd52bc0a09b4.jpg

12:34 snanews.de: **Menschenrechtsbeauftragte: Russische Studenten in Europa wegen Ukraine-Krise exmatrikuliert**

Laut der russischen Menschenrechtsbeauftragten Tatjana Moskalkowa werden russische Studenten in Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt aus europäischen Hochschulen exmatrikuliert.

Das Ministerium für Bildung und Wissenschaft treffe Maßnahmen zum Schutz der Rechte von russischen Studenten, die wegen der Lage in der Ukraine aus Hochschulen in Frankreich, Tschechien, Belgien und in anderen europäischen Ländern exmatrikuliert werden, schrieb Moskalkowa auf ihrem Instagram-Konto.

Die Wirtschaftshochschule Moskau, eine der führenden Universitäten des Landes, erklärte sich bereit, solche exmatrikulierten Studenten aufzunehmen.

Denis-pushilin.ru: Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin erklärte, dass in der nächsten Zeit ein Erlass über die Beendigung der allgemeinen Mobilisierung unterzeichnet wird. „Sie wird schrittweise gestoppt bis die notwendige Zahl an Reservisten erreicht ist. Sobald das der Fall ist, wird ein Erlass über den Abschluss der Mobilisierung herausgegeben“, sagte das Staatsoberhaupt.

12:39 snanews.de: **Auswirkungen des Ukraine-Konflikts auf deutsche Wirtschaft**

Auf den ersten Blick sind Deutschlands Handelsverflechtungen mit Russland gering. Doch die wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Konflikts werden auch viele Unternehmen und Branchen in Europas größter Volkswirtschaft zu spüren bekommen.

Die Bedeutung Russlands für die deutsche Wirtschaft ist den vergangenen Jahren in der Summe gesunken. Der Anteil des Landes am gesamten deutschen Außenhandel lag nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 2021 bei 2,3 Prozent. Dennoch ist der Ukraine-Krieg eine Belastung für die deutsche Wirtschaft. „Auch, wenn auf den ersten Blick die deutschen Außenhandelsverflechtungen in Relation zur Wirtschaftsleistung nicht übermäßig besorgniserregend erscheinen, können Dämpfer für das Wirtschaftswachstum nicht ausgeschlossen werden“, analysiert die DZ Bank. Ein Überblick:

Autoindustrie

Für Deutschlands Autohersteller hat der Konflikt nach erster Einschätzung des Branchenverbandes VDA nur begrenzte Auswirkungen. Etwa 39.700 Fahrzeuge aus deutscher Produktion seien im vergangenen Jahr nach Russland und in die Ukraine geliefert worden. Dies entspreche einem Exportanteil von 1,7 Prozent. „Allerdings unterhalten die deutschen Unternehmen der Automobilindustrie 49 Fertigungsstandorte von Zulieferern und Herstellern

in Russland und der Ukraine“, teilt der Branchenverband VDA mit. „Ein Abbruch der Lieferketten hätte ebenfalls negative Auswirkungen.“ In den Volkswagen-Werken in Zwickau und Dresden wird nach Angaben des Autobauers vom Freitag wegen ausbleibender Materiallieferungen für einige Tage die Fahrzeugfertigung ruhen. Nach Angaben eines VW-Sprechers fehlen unter anderem Elektrokabelsätze, die in der Ukraine hergestellt werden.

Banken

Überwiegend haben Deutschlands Banken ihr Engagement in Russland schon in den vergangenen Jahren deutlich zurückgefahren. Deutsche Bank und Commerzbank bezeichnen ihr dortiges Geschäft als überschaubar. Der Gewerbeimmobilien-Finanzierer Aareal Bank bezifferte sein Restrisiko in Russland auf netto rund 200 Millionen Euro. Dabei handele es sich um einen Bürokomplex in Moskau mit internationalen Mietern. Der Bundesverband deutscher Banken weist darauf hin, dass sich die meisten Geldhäuser wegen der seit 2014 bestehenden Sanktionen in Russland zurückgehalten hätten. Der Bundesbank zufolge belaufen sich die Forderungen deutscher Banken gegenüber Russland auf 6,03 Milliarden Euro.

Chemieindustrie

Wirtschaftlich könnte die Lage für energieintensive Branchen sehr problematisch werden, sollte Gas in Europa infolge des Ukraine-Konflikts knapp werden, warnt der Hauptgeschäftsführer des Verbands der Chemischen Industrie (VCI), Wolfgang Große Entrup. Die Energiepreise sind ohnehin eine Belastung für die Chemie- und Pharmaindustrie. Die Branche setzt nach VCI-Angaben derzeit rund 3,2 Millionen Tonnen Erdgas als Rohstoff ein (39 Prozent des Gesamtverbrauchs) und 84 Terawattstunden (61 Prozent des Verbrauchs) zur Energieerzeugung. Als Exportmarkt sind Russland und die Ukraine weniger bedeutend für die Branche: 2021 gingen rund 2,4 Prozent der Ausfuhren oder Güter im Wert von 5,6 Milliarden Euro nach Russland – Platz 10 in der Rangliste für Europa inklusive Schweiz und Großbritannien. Der Ausfuhranteil in die Ukraine betrug 0,5 Prozent.

Luftverkehr

Im Luftverkehr hatten sich die europäischen Gesellschaften gerade auf einen fulminanten Neustart nach der Corona-Flaute vorbereitet. Jetzt sind die Lufthansa und andere Gesellschaften gezwungen, ihre Flugpläne nach Fernost umzustricken, weil sie Russland nicht mehr an- oder überfliegen. Mehrere Passagier- und Frachtflüge mussten umkehren oder wurden gleich gestrichen. Flugzeiten und Kerosinverbrauch erhöhen sich auf den südlichen Alternativrouten nach Japan, Korea und China erheblich. Wettbewerbsvorteile für chinesische und arabische Gesellschaften sowie weitere Störungen in den Lieferketten dürften die Folgen sein. Die russische Militäroperation in die Ukraine hatte zunächst nur begrenzte Auswirkungen auf den Luftverkehr, weil die Region als Zielgebiet nur eine kleine Rolle spielt. Medienberichten zufolge war der ungarische Billigflieger Wizz Air die einzige ausländische Gesellschaft, die vier ihrer Jets und die Crews nicht rechtzeitig aus der Ukraine ausgeflogen hat.

Maschinenbau

Russland ist ein nicht unwichtiger Markt für die exportorientierten deutschen Maschinenbauer. Das Land rangierte im vergangenen Jahr auf Platz 9 der wichtigsten Abnehmerländer. Maschinen und Anlagen im Wert von knapp 5,5 Milliarden Euro gingen in die Russische Föderation. Wichtigste Absatzregion für die mittelständisch geprägte Branche sind allerdings mit weitem Abstand die EU-Länder mit einem Exportvolumen von gut 78,5 Milliarden Euro.

Tourismus

Die Branche hofft nach zwei harten Corona-Jahren auf wiederanziehende Geschäfte. Reiseveranstalter berichteten zuletzt von gestiegenen Buchungszahlen insbesondere für die klassischen Ziele rund ums Mittelmeer wie Spanien, Griechenland oder die Türkei. Beliebt ist auch Urlaub im eigenen Land. Die direkten Folgen des Ukraine-Krieges dürften sich für die

Branche daher in Grenzen halten. Ob der Konflikt die wiederentdeckte Reiselust der Menschen dämpft, ist noch nicht abzusehen. „Militärische Konflikte tragen jedenfalls nicht zur Planungssicherheit für Reisen bei“, heißt es beim Reiseverband DRV. Direkt betroffen sind Reiseunternehmen, die Trips nach Russland und in die Ukraine anbieten. Erste Veranstalter haben bereits reagiert, so stellte der Trekking-Spezialist Hauser Exkursionen seine Reiseangebote nach Russland ein.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/1c/5584141_0:153:3097:1895_1920x0_80_0_0_f1cd7a22c1cf659e9ad314a98c6adfc7.jpg

12:58 de.rt.com: **Medienberichte: Große Chiphersteller stoppen Verkäufe nach Russland**

Als Reaktion auf die westlichen Sanktionen, die gegen Moskau nach dem Beginn einer Militäroperation in der Ukraine verhängt wurden, haben globale Chiphersteller begonnen, den Verkauf von Halbleiterchips an Russland auszusetzen.

Vergangene Woche kündigten die USA ein Maßnahmenpaket an, das darauf abzielt, Russlands militärische Fähigkeiten zu untergraben. Hierzu gehört auch ein Verbot von Chipverkäufen an das Land. Nach Angaben Washingtons soll das Verbot verhindern, dass Russland Technologie für militärische Zwecke oder Chips mit sogenanntem doppelten Verwendungszweck erhält, die sowohl für zivile als auch für militärische Anwendungen gebraucht werden können. Das bedeutet, dass der für Endverbraucher relevante Chipverkauf nicht betroffen sein dürfte.

Analysten zufolge könnten die Chiphersteller jedoch vorübergehend alle Lieferungen stoppen, während sie prüfen, welche ihrer Produkte unter das neue Verbot fallen. Außerdem hat das US-Handelsministerium 49 russische Unternehmen auf seine Schwarze Liste gesetzt, die nun keine Chips mehr kaufen dürfen, die in den USA hergestellt werden oder bei deren Herstellung US-amerikanische Technologie verwendet wird. Thea D. Rozman Kendler, die stellvertretende Sekretärin für Exportverwaltung im US-Handelsministerium, gab in einer Erklärung vom vergangenen Donnerstag bekannt:

"Mit diesen Exportkontrollen isolieren wir gemeinsam mit unseren Verbündeten und Partnern Russland technologisch und schwächen seine militärischen Fähigkeiten. Der Zugang Russlands zu Spitzentechnologie aus den USA und Partnerländern wird unterbunden. Seine Verteidigungsindustrie, sein Militär und seine Nachrichtendienste werden nicht in der Lage sein, die meisten im Westen hergestellten Produkte zu erwerben."

Als Reaktion auf die Ankündigung Washingtons erklärte der weltgrößte Chiphersteller TSMC mit Sitz in Taiwan am Freitag, dass er sich voll und ganz an die neuen Exportkontrollregeln halten werde, nachdem Taiwans Regierung zugesagt hatte, die internationalen Sanktionen gegen Russland zu unterstützen. Das Unternehmen verkündete in einer Erklärung:

"TSMC hält sich an alle geltenden Gesetze und Vorschriften und ist fest entschlossen, die

angekündigten neuen Exportkontrollregeln einzuhalten."

Medienberichten zufolge hat TSMC bereits alle Chipverkäufe nach Russland und an Dritte, von denen bekannt ist, dass sie Produkte nach Russland liefern, ausgesetzt, während es die neuen Exportregeln analysiert, um sicherzustellen, dass es sie vollständig einhält. Die größten US-Prozessorhersteller Intel und AMD haben ebenfalls ihre Verkäufe nach Russland eingestellt, berichtete RBK unter Berufung auf Quellen im IT-Markt.

Russischen Medien zufolge wurden die Verkaufstopps vom russischen Verband der Elektronikentwickler und -hersteller bestätigt.

Einige Branchenanalysten sind der Meinung, dass Russland durch das Exportverbot gefährdet sein könnte, da es die für die moderne Computertechnik erforderlichen High-End-Chips nicht herstellt, die zumeist in Taiwan, Südkorea, den Vereinigten Staaten, Europa und Japan produziert werden. Der Verband der Halbleiterindustrie (Semiconductor Industry Association, SIA), eine Handelsgruppe, die große Marken wie Intel, AMD, IBM, Qualcomm und Marvell vertritt, erklärte, dass er sich "voll und ganz der Einhaltung der neuen Exportkontrollregeln verpflichtet fühlt, die als Reaktion auf die zutiefst beunruhigenden Ereignisse in der Ukraine angekündigt wurden".

Nach Angaben des Verbandes sind die Auswirkungen des Exportverbots für Chips jedoch möglicherweise nicht das, was der Westen erwartet. Die SIA stellte fest, dass "Russland kein bedeutender direkter Abnehmer von Halbleitern ist und weniger als 0,1 Prozent der weltweiten Chipkäufe ausmacht".

Als Reaktion auf das Chip-Exportverbot bot der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko am Sonntag an, die benötigten Teile in Weißrussland zu kaufen. Er erklärte, die Situation dränge "auf engste Zusammenarbeit".



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/621ca0c548fbef709a313f30.jpg>

13:07 snanews.de: **Vandalen attackieren belarussische Botschaft in Vilnius**

Das Gebäude der belarussischen Botschaft in Litauen ist von Vandalen angegriffen worden, die die belarussische Staatsflagge im Vorhof abgenommen und an ihrer Stelle die Flaggen der belarussischen Opposition und der Ukraine gehisst haben, berichtet Sputnik Lietuva mit Verweis auf Polizeiangaben.

„Das Vorkommnis ereignete sich am Sonntag, dem 27. Februar, gegen 16:30 Uhr (15:30 Uhr MEZ). In Vilnius, in der Mindaugo-Straße, wo das Haus der belarussischen diplomatischen Mission gelegen ist, sind Fremde auf das Gelände der Botschaft eingedrungen. Nach Angaben der Rechtsschutzorgane haben sie im Vorhof die belarussische Flagge abgenommen und an deren Stelle die Flaggen der belarussischen Opposition und der Ukraine gehängt“, berichtet die Agentur.

Bei einer polizeilichen Ortsbesichtigung wurden auf dem Botschaftsgelände drei Brandflaschen sichergestellt sowie eine abgebrannte Steinmauer gesehen.

Nach Angaben der Agentur sind zwei Männer der Jahrgänge 1994 und 1989 festgenommen worden. Gegen sie wird ermittelt. Ein Strafverfahren wegen Schändung von Symbolen eines fremden Staates ist im Gange.

Zuvor hatte ein Mann vor der russischen Botschaft in Vilnius das Haustor, das Wappen und den Bürgersteig mit unbekannter Flüssigkeit begossen. In Klaipeda wurde der Zaun des Generalkonsulats Russlands mit Sprayfarbe besudelt.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/04/10/1739226_0:159:3076:1889_1920x0_80_0_0_886c7c73687a7cd52d66775b15bb0b0a.jpg

13:19 snanews.de: **Kreml nennt Sanktionen gegen Präsident Putin absurd und kurzfristig**

Der russische Präsident Wladimir Putin sieht die gegen ihn verhängten Sanktionen gelassen und hält sie für ziemlich absurd. Das erklärte der Pressesprecher des Kremls, Dmitri Peskow, am Montag.

„Die Sanktionen enthalten ziemlich absurde Bestimmungen über Vermögenswerte etc. Aber jeder weiß, dass der Präsident über kein anderes Vermögen verfügt als das, das jedes Jahr in der Größe eines Wohnwagens und einer Wohnung sowie einiger anderer Bankeinlagen angegeben wird. Deswegen hat er eher eine teilnahmslose Haltung“, so Peskow. Dabei wies er darauf hin, dass es unklug sei, dem Staatsoberhaupt Beschränkungen aufzuerlegen.

„Wenn wir von der Lösung der Probleme ausgehen, dann ist selbst die Tatsache der Verhängung von Sanktionen gegen das Staatsoberhaupt natürlich nicht weniger absurd und ganz kurzfristig“, fügte er hinzu.

Nach dem Beginn der Sondermilitäroperation in der Ukraine kündigten die westlichen Länder neue Sanktionen gegen Russland an. Mehrere große russische Banken, darunter die Sberbank und die VTB, fielen ihnen zum Opfer. Die Möglichkeit, ausländisches Kapital anzuziehen, wurde für einige staatliche Unternehmen erschwert.

Für die Lieferung von Hightech-Produkten nach Russland wurden Beschränkungen eingeführt. Deutschland stoppte die Zertifizierung der Nord Stream 2-Gaspipeline. Die EU sperrte ihren Luftraum für russische Flugzeuge. Einige Staaten setzten Russlands Präsidenten Wladimir Putin, Außenminister Sergej Lawrow und andere ständige Mitglieder des russischen Sicherheitsrates auf Sanktionslisten.

Moskau erklärte, es habe im Vorfeld einen Aktionsplan ausgearbeitet und werde den von den Beschränkungen betroffenen Unternehmen jede notwendige Unterstützung zukommen lassen, um einen reibungslosen Ablauf der Wirtschaft zu gewährleisten. Die Regierung arbeitet auch an Gegenmaßnahmen, aber die Einzelheiten sind noch nicht bekannt.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/1c/5584483_0:0:2088:1176_1920x0_80_0_0_e7fb5515e737ffe5b26b206a020b0496.jpg

13:44 snnews.de: **Ukraine: „Nato-Partner verstärken ihre Unterstützung mit Luftverteidigungsraketen“ – Stoltenberg**

Der Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat am Montag mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski gesprochen und ihm die Unterstützung des Sicherheitsbündnisses versprochen.

Stoltenberg berichtete auf Twitter von dem Dialog:

„Ich habe gerade mit dem Präsidenten Selenski gesprochen und den Mut des Volkes und der Streitkräfte der Ukraine gelobt. Nato-Partner verstärken ihre Unterstützung mit Luftverteidigungsraketen, Panzerabwehrwaffen sowie humanitärer und finanzieller Hilfe.“

Stoltenberg kündigte bereits an, dass die Nato im Zuge des Ukraine-Konflikts zusätzliche Verteidigungskräfte nach Osteuropa verlegt. Ein Verteidigungsplan soll aktiviert werden, der den Einsatz von Einsatzkräften in den Bündnisländern zum Schutz der Verbündeten vorsieht. Er erklärte, dass sich keine Nato-Truppen in der Ukraine befänden und es auch nicht geplant sei, sie dort einzusetzen. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/06/03/2359503_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_abf5997148a1e05560ba7e88611e7633.jpg

Dan-news.info: **Zusammenfassung von Meldungen**

In Gorlowka haben etwa 40.000 Verbraucher und fast 100 soziale Objekte keine Wasserversorgung aufgrund von Beschuss.

Im Kiewskij-Bezirk von Donezk wurden heute durch Beschuss etwa 12 Häuser beschädigt.

Eine Reparaturbrigade der staatlichen Gaswerke „Donbassgas“ geriet bei Wiederaufbauarbeiten unter Beschuss, ein Schweißer starb. Die Arbeiter waren dabei, die Folgen eines Beschlusses zu beseitigen, der etwa eine Stunde zuvor erfolgt war. In Gorlowka wurde ein Wohnheim beschossen, es gibt 7 Verletzte und 3 Tote.

15:52 (13:52) ria.ru: **Das Auswärtige Amt der BRD teilte mit, dass die ersten gepanzerten Fahrzeuge in die Ukraine überführt wurden**

Deutschland habe am Montagmorgen im Rahmen eines Verteidigungshilfepakets die ersten gepanzerten Fahrzeuge in die Ukraine überführen können, sagte die Sprecherin des Auswärtigen Amtes, Andrea Sasse.

Berlin hat in den vergangenen Monaten auf die Waffenlieferanfragen Kiews mit der unveränderten deutschen Politik reagiert, es liefere keine Waffen in Krisenregionen. Am vergangenen Samstag gab Bundeskanzler Olaf Scholz bekannt, dass Deutschland Waffenlieferungen an die Ukraine zugestimmt habe. Deutsche Medien berichteten, dass das Hilfspaket 14 gepanzerte Fahrzeuge umfasste.

Deutschland stellt der Ukraine 15 Millionen Euro für humanitäre Hilfe zur Verfügung

„Eine kleine Notiz, die Hoffnung macht. Ich kann berichten, dass zum Beispiel gepanzerte Fahrzeuge bereit sind, in die Ukraine überführt zu werden. Einige von ihnen wurden heute Morgen in die Ukraine überführt“, sagte Sasse bei einem Briefing am Montag. ...



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e4/0c/16/1590356808_0:101:3072:1829_1280x0_80_0_0_19a1b469b757f32e6baea5d2bbf18884.jpg

16:09 (14:09) rusvesna.su: **„Russland hat die Feindseligkeiten nicht begonnen, Russland beendet sie“ – Verteidigungsministerium**

Das russische Verteidigungsministerium betont, dass die militärische Sonderoperation in der Ukraine dem 2014 von Kiew entfesselten Blutvergießen ein Ende setzen soll.

„Die Militäraktionen des Regimes in Kiew und die systematische Vernichtung der Einwohner von Donbass dauerten acht Jahre. Während dieses Krieges starben mehr als 14.000 Menschen, Hunderte von Kindern.

Das musste ein Ende haben.

Es war notwendig, den endlosen Drohungen des Kiewer Regimes gegen Russland ein Ende zu bereiten. Und Russland wird es tun ...

Russland hat keine Feindseligkeiten begonnen. Russland beendet sie“, sagte der offizielle Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow.

Er betonte auch, dass entgegen Gerüchten nur Offiziere und Berufssoldaten an der Spezialoperation in der Ukraine teilnehmen.

Das Verteidigungsministerium stellte gesondert fest, dass alle Siedlungen, die unter die Kontrolle der russischen Armee geraten sind, weiterhin wie gewohnt leben. In Städten und

Gemeinden funktionieren lebenserhaltende Einrichtungen, der Verkehr funktioniert.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/voennye_rossii_armiya_rossii.jpg

16:16 (14:16) ria.ru: **Nabiullina: Die Finanzinfrastruktur wird reibungslos funktionieren, SPFS wird SWIFT ersetzen**

Die russische Finanzinfrastruktur wird reibungslos funktionieren, SPFS wird SWIFT - Nabiullina ersetzen können.

Karten internationaler Zahlungssysteme funktionieren weiterhin innerhalb der Russischen Föderation, erklärte Elvira Nabiullina, Leiterin der Zentralbank der RF.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e4/0b/19/1586238536_0:84:3005:1774_600x0_80_0_0_a951e8e2927c8240eafc957eecb037a9.jpg

15:18 de.rt.com/rusvesna.su: **Russland sperrt Luftraum für 36 Staaten – auch für Deutschland**

Russland hat auf die Sperrung des EU-Luftraumes für russische Flugzeuge spiegelbildlich reagiert. Nun ist der russische Luftraum für Fluggesellschaften aus 36 Ländern geschlossen, unter anderem auch für Deutschland.

Als Gegenmaßnahme haben die russischen Behörden beschlossen, den Luftraum des Landes für Fluggesellschaften aus 36 Ländern zu sperren. Diese Maßnahme betrifft auch Deutschland. Das teilte die russische Luftfahrtbehörde Rosawiazija am Montag mit.

Ausnahmen könne es aber mit einer Sondergenehmigung, etwa des russischen Außenministeriums, geben. Wörtlich hieß es:

"In Übereinstimmung mit den Normen des internationalen Rechts wurde als Reaktion auf das Flugverbot europäischer Staaten für zivile Flugzeuge, die von russischen Luftfahrtunternehmen betrieben werden und/oder in Russland registriert sind, eine Beschränkung für Flüge von Luftfahrtunternehmen aus 36 Staaten eingeführt."

Darunter sind EU-Länder: Österreich, Belgien, Bulgarien, Ungarn, Deutschland, Griechenland, Dänemark, Irland, Island, Spanien, Italien, Zypern, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Finnland, Frankreich, Kroatien, Tschechische Republik, Schweden, Estland und Nicht-EU-Länder: Albanien, Anguilla, Großbritannien, Britische Jungferninseln, Gibraltar, Jersey, Kanada und Norwegen.

Deutschland und andere EU-Staaten hatten sich angesichts der russischen Militäroperation in der Ukraine für diesen Schritt entschieden. Russland kündigte daraufhin an, Maschinen aus den jeweiligen Ländern ebenfalls nicht mehr in den russischen Luftraum einfliegen zu lassen. Die deutsche Regelung trat am Wochenende in Kraft und betrifft Flüge nach Deutschland sowie Überflüge, wie das Bundesverkehrsministerium mitteilte. Humanitäre Flüge seien von dem Verbot ausgenommen. Die Sperrung soll laut Ministerium zunächst für drei Monate gelten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/621cd146b480cc1ecc6b7f95.jpg>

15:26 snanews.de: **USA verhängen Sanktionen gegen RDIF und seinen Chef**

Die US-Regierung hat laut einer Mitteilung von Montag vor dem Hintergrund der Militäroperation in der Ukraine Sanktionen gegen den russischen Direktinvestitionsfonds (RDIF) und dessen Leiter, Kirill Dmitrijew, verhängt.

Die Exportkontrollbehörde des US-Finanzministeriums (OFAC, Office of Foreign Assets Control) gab bekannt, dass die Strafmaßnahmen gegen RDIF und Kirill Dmitrijew eine Manifestation für das US-Engagement zur Unterstützung der Ukraine seien.

Zudem hieß es, dass den US-Bürgern untersagt werde, Transaktionen unter anderem mit Russlands Zentralbank und dem Finanzministerium durchzuführen.

„Die beispiellose Maßnahme, die wir heute ergreifen, wird die Fähigkeit Russlands, Vermögenswerte zur Finanzierung seiner destabilisierenden Aktivitäten zu verwenden, erheblich einschränken (...)“, sagte Finanzministerin Janet L. Yellen

Der RDIF investiert gemeinsam mit den weltweit führenden Investoren in russische Unternehmen. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/02/15/1002175_0:100:1920:1180_1920x0_80_0_0_50e15441e42eb98161c8dd3701319843.jpg

15:38 snanews.de: **Ukrainische Führung verhaftet Kommunalpolitiker wegen Verrats**

Nach dem Beginn der russischen Sonderoperation kommt es in der Ukraine zu Verhaftungen wegen Landesverrats. In der Gemeinde Juschnoje südlich von Charkow sind der Bürgermeister und der Polizeichef festgenommen worden.

Neben dem Bürgermeister und dem Polizeichef seien weitere Behördenmitarbeiter festgenommen worden, erklärte Oleg Sinegubow, Chef der Regionalregierung im Gebiet Charkow:

„Wir haben einen militärischen Sondereinsatz durchgeführt. Im Moment befinden sich der Bürgermeister der Stadt Juschnoje, Herr Brjuchanow, sein Stellvertreter sowie der Leiter der lokalen Polizeidirektion wegen Landesverrat in Gewahrsam.“

Die Erklärung von Sinegubow ist von einer ukrainischen Onlineplattform als Video auf Telegram veröffentlicht worden. Darin droht der von Präsident Selenski ernannte Regionalchef, alle Verräter würden „an Ort und Stelle erschossen“. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/03/11/1332306_0:67:1280:787_1920x0_80_0_0_9e7eceaf1d172bb08bf17cd9153df63d8.jpg

15:38 snanews.de: **Putin spricht bei Wirtschaftstreffen über Sanktionen des „Reichs der Lügen“**

Bei einem Treffen hochrangiger russischer Politiker hat der Präsident der Russischen

Föderation, Wladimir Putin, westliche Staaten als „Reich der Lügen“ bezeichnet. Bei dem Treffen werden vor allem Wirtschafts- und Finanzfragen besprochen.

Putin äußerte sich gegenüber der Presse und den Teilnehmern der Sitzung:

„Ich habe Sie eingeladen, um über Wirtschafts- und Finanzfragen zu sprechen. Ich habe mit Michail Wladimirowitsch (Russlands Premierminister Michail Mischustin – Anm. d .Red.) dieses Thema diskutiert. Ich meine natürlich auch die Sanktionen, die die sogenannte westliche Gemeinschaft, die ich in meiner Rede als 'Reich der Lügen' bezeichnet habe, versucht, gegen unser Land umzusetzen.“

Zuvor hatte der Sprecher des Staatschefs, Dmitri Peskow, von dem Treffen zu Wirtschaftsfragen berichtet. Teilnehmer sind unter anderem der Finanzminister Russlands Anton Siluanow, die Chefin der Zentralbank, Elwira Nabiullina, der Chef der Sberbank (größte russische Bank), German Gref und andere.

Angesichts der russischen Militäroperation in der Ukraine beschloss die EU ein Sanktionspaket gegen Russland. Es betrifft vor allem den Finanzsektor, Verkehrssektor, die Energieversorgung und den Verteidigungssektor. Westliche Staaten entschieden auch, russische Finanzinstitute aus dem Banken-Kommunikationsnetzwerk SWIFT auszuschließen. Die EU hat darüber hinaus Sanktionen gegen die Zentralbank der Russischen Föderation in Kraft gesetzt und somit Transaktionen mit dem Finanzinstitut verboten.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/0f/5373303_0:49:2996:1734_1920x0_80_0_0_0739604f84cf9c5a613557df1d2a1740.jpg

15:50 de.rt.com: **USA schließen Botschaft in Weißrussland – Mitarbeiter dürfen Russland verlassen**

US-Außenminister Antony Blinken hat erklärt, dass die USA ihre Botschaft in Minsk schließen. Nicht unbedingt erforderlichem US-Personal in den Vertretungen in Russland ist es freigestellt, das Land zu verlassen.

Außenminister Antony Blinken kündigte am Montag die vollständige Aussetzung des Betriebs der US-Botschaft in Weißrussland an. Er teilte außerdem mit, dass die US-Diplomaten in Russland vom Ministerium ermächtigt wurden, das Land zu verlassen, wobei nur das wichtigste Personal zurückbleibt.

"Wir haben diese Schritte aufgrund von Sicherheitsfragen unternommen, die sich aus dem unprovokierten und ungerechtfertigten Angriff der russischen Streitkräfte in der Ukraine ergeben haben", sagte der US-Minister.

Das Ministerium erklärte, es gebe "keine höhere Priorität als die Sicherheit der US-Bürger", einschließlich seiner Mitarbeiter und deren Familien.

Die Botschaft in Moskau hatte zuvor US-Bürgern geraten, Russland "sofort" zu verlassen, und dabei auf die eskalierende Verkehrsentflechtung zwischen Russland und den westlichen

Ländern hingewiesen. In der Warnung hieß es, dass US-Amerikaner nicht nach Russland reisen sollten, da es zu "potenziellen Schikanen gegen US-Bürger" kommen könne und die Botschaft nur begrenzt in der Lage sei, ihnen Hilfe zu leisten.

Die EU hat am Sonntag angekündigt, dass sie russischen Passagierflugzeugen den Zugang zu ihrem Luftraum verweigern wird. Einige Länder außerhalb des Blocks wie Großbritannien verhängten ähnliche Beschränkungen. Russland erklärte am Montag, dass es in einer Retourkutsche Flugzeuge aus 36 Ländern und ausländischen Gebieten verbannt hat.

Die Spannungen eskalieren aufgrund einer russischen Militäroperation gegen die Ukraine, die Moskau am Donnerstag einleitete. Das Land behauptete, es müsse seinen Nachbarn "entmilitarisieren" und "entnazifizieren", um die Sicherheit der abtrünnigen ukrainischen Regionen Donezk und Lugansk sowie Russlands selbst zu gewährleisten. Weißrussland, ein militärischer Verbündeter Russlands, stellte sein Territorium für den Angriff zur Verfügung, bestritt jedoch, entgegen den Behauptungen der Ukraine eigene Truppen eingesetzt zu haben. Kiew und seine westlichen Unterstützer werfen Russland eine Aggression gegen die Ukraine vor. Sie reagierten mit beispiellos harten Sanktionen, die die russische Wirtschaft lahmlegen sollen, und sagten zu, die Waffenlieferungen an Kiew zu erhöhen.



<https://cdn.rttom.de/deutsch/images/2022.02/article/621cd71c48fbef285f045d4b.jpg>

17:54 (15:54) ria.ru: **Die ukrainische Seite kündigte die dritte Runde der Verhandlungen mit Russland an**

Die Verhandlungen zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation in Weißrussland gehen weiter, die dritte Runde soll bald beginnen, teilte Michail Podoljak, Berater des Leiters des Präsidialamts, mit.

„Die Verhandlungen zwischen der ukrainischen und der russischen Delegation gehen weiter. Die dritte Runde beginnt in wenigen Minuten“, schrieb Podoljak auf Twitter.

Am Montag begannen die Verhandlungen zwischen den Delegationen der Russischen Föderation und der Ukraine auf dem Territorium von Belarus. Die russische Delegation wird vom Präsidentenberater Wladimir Medinski geleitet. Zuvor sagte das Büro von Wladimir Selenskij, dass „das Schlüsselthema der Verhandlungen ein sofortiger Waffenstillstand und der Abzug der Truppen aus dem Territorium der Ukraine ist“. ...



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/02/1c/1775561830_0:251:3072:1979_1280x0_80_0_0_6f6d5500f327cd63d67d79aadf35cf16.jpg

16:00 snanews.de: **Rumänien erteilt Sendeverbote für RT und Sputnik**

Nachdem die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, am Sonntag empfahl, Sputnik und RT in der gesamten Europäischen Union zu verbieten, hat nun auch Rumänien Maßnahmen ergriffen.

Ein Pressesprecher der Regierung teilte auf einer Pressekonferenz mit, dass Rumänien den Zugang zu Sputnik blockieren und die Sendungen von RT bis zum Ende des Tages am Montag unterbrechen wird.

„Die rumänischen Behörden ergreifen Maßnahmen, um bestimmte Quellen zu blockieren, die im Zusammenhang mit der Krise in der Ukraine Falschmeldungen verbreiten“, so der Regierungssprecher, Dan Carbutaru.

Er stellte eine Liste von Websites vor, die blockiert werden sollen, darunter auch das Nachrichtenportal Sputnik. Ein Teil sei bereits gesperrt worden, die Blockierung der restlichen Internetseiten sei im Gange.

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, stellte am Sonntag wegen der russischen Militäroperation in der Ukraine ein Sendeverbot für RT und Sputnik in Europa in Aussicht. Die EU-Kommission bereite derzeit die notwendigen Instrumente zur Verwirklichung ihres Plans vor. Das Sendeverbot solle zudem auch die Tochterunternehmen treffen.

So war beispielsweise die Webseite des polnischsprachigen Nachrichtenportals Sputnik Polska am Montag nicht mehr aufrufbar.

Zuvor hatte Google angekündigt, es werde die Monetisierung für staatliche russische Medien ausschalten. Auch Facebook und Twitter schalteten Werbung für solche Konten aus.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/15/5092832_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_2dd07237315bc14a19d1586013e7cf7b.jpg

16:40 snnews.de: **AKW Saporoschje unter Kontrolle der russischen Armee – Generalmajor Konaschenkow**

Die russische Armee hat das Umland des ukrainischen Atomkraftwerks Saporoschje voll unter Kontrolle gebracht. Das teilte der amtliche Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, gegenüber Journalisten am Montag mit.

„Die Streitkräfte der Russischen Föderation haben die Städte Berdjansk und Energodar unter ihre Kontrolle gebracht. Das Umland des Atomkraftwerks Saporoschje wird von den russischen Militärangehörigen durchgängig bewacht und kontrolliert“, sagte Konaschenkow. „Das AKW-Personal setzt routinemäßig die Arbeit zur Bedienung der Objekte und zur Kontrolle über die Strahlungssituation fort. Die Hintergrundstrahlung liegt im Normalbereich“, betonte Konaschenkow.

Das ukrainische Energieversorgungsunternehmen Energoatom bestreitet die Information zur Kontrollübernahme über das Atomkraftwerk Saporoschje. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/1c/5591261_0:136:3161:1914_1920x0_80_0_0_bb66f3e84e616423a9670e41ea6e1a11.jpg

18:43 (16:43) rusvesna.su: **Putin nannte die Bedingungen für die Lösung der Situation in der Ukraine**

Der russische Präsident Wladimir Putin betonte in einem Gespräch mit dem französischen

Präsidenten Emmanuel Macron, dass eine Regelung um die Ukraine nur möglich sei, wenn die legitimen Sicherheitsinteressen Russlands bedingungslos berücksichtigt würden, berichtet der Pressedienst des Kremls.

„Wladimir Putin betonte, dass eine solche Regelung nur möglich ist, wenn die legitimen Sicherheitsinteressen Russlands bedingungslos berücksichtigt werden, einschließlich der Anerkennung der russischen Souveränität über die Krim, der Lösung der Aufgaben der Entmilitarisierung und Entnazifizierung des ukrainischen Staates und der Gewährleistung seines neutralen Status.“, heißt es in der Nachricht.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/1_putin_5.jpg

18:51 (16:51) rusvesna.su: **Putin unterzeichnete ein Dekret über einen wirtschaftlichen Vergeltungsschlag gegen die Vereinigten Staaten**

Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnete ein "Dekret über die Anwendung besonderer wirtschaftlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit den unfreundlichen Aktionen der Vereinigten Staaten und ausländischer Staaten und internationaler Organisationen, die sich ihnen angeschlossen haben".

Das Dokument wurde auf der offiziellen Website des Kremls veröffentlicht.

Dies war eine Reaktion auf eine Reihe unfreundlicher Aktionen der USA selbst und ihrer Verbündeten.

Dieses Dekret wird bereits als Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Sanktionen bezeichnet.

<http://kremlin.ru/events/president/news/67881>

Dekret über die Anwendung besonderer wirtschaftlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit den unfreundlichen Aktionen der Vereinigten Staaten und benachbarter ausländischer Staaten und internationaler Organisationen

Im Zusammenhang mit dem unfreundlichen und völkerrechtswidrigen Vorgehen der Vereinigten Staaten von Amerika und mit ihnen verbundenen ausländischen Staaten und internationalen Organisationen im Zusammenhang mit der Einführung restriktiver Maßnahmen gegen Bürger der Russischen Föderation und russische juristische Personen, zum Schutz der nationalen Interessen der Russischen Föderation und in Übereinstimmung mit den Föderationsgesetzen vom 30. Dezember 2006 Nr. 281 FZ „Über wirtschaftliche Sondermaßnahmen und Zwangsmaßnahmen“, vom 28. Dezember 2010 Nr. 390-FZ „Über die Sicherheit“ und vom Juni 4, 2018 Nr. 127-FZ „Über Maßnahmen der Einflussnahme (Gegenmaßnahmen) gegen unfreundliche Aktionen der Vereinigten Staaten von Amerika und anderer ausländischer Staaten beschließe ich:

1. Für Gebietsansässige, die an einer ausländischen Wirtschaftstätigkeit teilnehmen, den obligatorischen Verkauf von Fremdwährungen in Höhe von 80 Prozent des

Fremdwährungsbetrags durchzuführen, der ab dem 1. Januar 2022 auf ihren Konten bei autorisierten Banken auf der Grundlage von gutgeschrieben wird Außenhandelsverträge, die mit Gebietsfremden geschlossen werden und die die Lieferung von Waren an Gebietsfremde, die Bereitstellung von Waren an Gebietsfremde, die Erbringung von Arbeiten für Gebietsfremde, die Übertragung von Ergebnissen geistiger Tätigkeit an Gebietsfremde vorsehen, einschließlich ausschließlicher Rechte an ihnen, spätestens drei Werktage nach Inkrafttreten dieses Dekrets.

2. Gebietsansässige, die am Außenhandel teilnehmen, müssen ab dem 1. Januar 2022 auf der Grundlage von Außenhandelsverträgen, die mit Gebietsfremden geschlossen wurden und die die Übertragung von Waren, Dienstleistungen und Arbeiten an Gebietsfremde sowie die Übertragung von geistigem Eigentum, einschließlich ausschließlicher Rechte daran, vorsehen, innerhalb von drei Arbeitstagen nach dem Inkrafttreten dieses Erlasses Devisen in Höhe von 80 Prozent der auf ihre Konten bei zugelassenen Banken überwiesenen Beträge verkaufen.

3. Verbot ab 1. März 2022:

a) die Durchführung von Devisengeschäften im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Devisen durch Gebietsansässige zugunsten von Gebietsfremden im Rahmen von Darlehensverträgen;

b) Gutschrift von Devisen durch Gebietsansässige auf ihre Konten (Einlagen), die bei Banken und anderen Finanzmarktorganisationen außerhalb des Territoriums der Russischen Föderation eröffnet wurden, sowie Geldüberweisungen ohne Eröffnung eines Bankkontos mit von Ausländern bereitgestellten elektronischen Zahlungsmitteln/Zahlungsdienstleistern.

4. Die Vorschrift, dass das Verfahren für den Verkauf von Devisen auf der Grundlage der Absätze 1 und 2 dieses Dekrets von der Zentralbank der Russischen Föderation festgelegt wird.

5. Die Festlegung, dass die in den Absätzen 1 und 2 dieses Erlasses festgelegten Anforderungen für den obligatorischen Verkauf von Devisen für Gebietsansässige gelten, die Parteien von Außenhandelsverträgen sind, unabhängig von der Registrierung solcher Verträge bei zugelassenen Banken gemäß den Bestimmungen der Anweisung der Zentralbank der Russischen Föderation Nr. 181-I vom 16. August 2017 "Über das Verfahren zur Vorlage von Belegen und Informationen durch Gebietsansässige und Gebietsfremde bei zugelassenen Banken bei der Durchführung von Devisengeschäften, über einheitliche Formen der Rechnungslegung“

6. Öffentlichen Aktiengesellschaften ist es bis einschließlich 31. Dezember 2022 möglich, von ihnen platzierte Aktien zu erwerben (mit Ausnahme des Erwerbs platzierter Aktien, um ihre Gesamtzahl zu verringern), wenn die folgenden Bedingungen insgesamt erfüllt sind:

a) die erworbenen Aktien zum organisierten Handel zugelassen werden;

b) der gewichtete Durchschnittspreis der erworbenen Aktien, ermittelt für beliebige drei Monate ab dem 1. Februar 2022, um 20 % oder mehr gesunken ist im Vergleich zu dem gewichteten Durchschnittspreis dieser Aktien, ermittelt für drei Monate ab dem 1. Januar 2021;

c) der Wert des vom Organisator berechneten Hauptbörsenindex für alle drei Monate ab dem 1. Februar 2022 um 20 Prozent oder mehr gegenüber dem vom Veranstalter berechneten Wert dieses Index für drei Monate ab 1. Januar 2021 gesunken ist;

d) Aktien werden in organisierten Auktionen aufgrund von Geboten erworben, die an eine unbegrenzte Anzahl von Handelsteilnehmern gerichtet sind;

e) der Erwerb von Aktien von einem Makler für Rechnung einer Aktiengesellschaft durchgeführt wird;

f) der Vorstand (Aufsichtsrat) der Aktiengesellschaft beschlossen hat, die von ihr platzierten Aktien gemäß den Anforderungen dieses Beschlusses zu erwerben, der die Kategorien (Arten) der zu erwerbenden Aktien bestimmt, die Anzahl der zu erwerbenden Aktien jeder Kategorie (Art), der Zeitraum, in dem die Aktien erworben werden und der spätestens am 31. Dezember

2022 ablaufen muss. Angaben zum Erwerb eigener Aktien durch eine Aktiengesellschaft können nicht in Form einer Feststellung einer wesentlichen Tatsache offengelegt werden, wenn dies in der Entscheidung über den Aktienerwerb vorgesehen ist, oder innerhalb der durch eine solche Entscheidung gesetzten Frist offengelegt werden.

7. Die Festlegung, dass eine öffentliche Aktiengesellschaft, die von ihr ausgegebene Aktien gemäß diesem Dekret erwirbt, verpflichtet ist, der Zentralbank der Russischen Föderation eine Mitteilung über den Erwerb von Aktien mit Dokumenten zu übermitteln, die die Erfüllung der in Abschnitt 6 vorgesehenen Bedingungen bestätigen dieses Dekrets. Die Benachrichtigung und die ihr beigefügten Dokumente werden elektronisch über ein persönliches Konto gesendet, zu dem die Zentralbank der Russischen Föderation einer öffentlichen Aktiengesellschaft gemäß Artikel 769 Teil 3 des Bundesgesetzes Nr. 86- Zugang gewährt. FZ vom 10. Juli 2002 "Über die Zentralbank der Russischen Föderation (Bank of Russia)".

8. Die Bestimmungen von Artikel 72 , Absätze 4, 5, 7 und 8 des Bundesgesetzes Nr. 208-FZ vom 26. Dezember 1995 „Über Aktiengesellschaften“ gelten für Aktiengesellschaften, die von ihnen platzierte Aktien erwerben, vorbehaltlich die Bestimmungen der Absätze 6 und 7 dieses Dekrets.

9. Kreditinstituten wird das Recht gewährt, ein Bankkonto (Depot) für einen Einzelkunden ohne persönliche Anwesenheit des das Konto eröffnenden Einzelkunden (Depot) oder seines Vertreters zu eröffnen, wenn dieser Einzelkunde Gelder von seinem eröffneten Bankkonto (Depot) überweist von einem Kreditinstitut zu einem anderen Kreditinstitut, wenn gleichzeitig mit einer solchen Überweisung das überweisende Kreditinstitut an das kontoeröffnende Kreditinstitut (Deposit) die bei der Identifizierung dieses einzelnen Kunden ermittelten Informationen übermittelt. Die Überweisung von Geldern erfolgt durch das Kreditinstitut nach Einholung der schriftlichen Zustimmung des Kunden - einer natürlichen Person, um die angegebenen Informationen an das Kreditinstitut zu übermitteln und sie zum Zwecke des Abschlusses eines Bankkonto- (Einlagen-) Vertrages mit dem Kunden zu verwenden - ein Individuum. Art und Form der Übermittlung dieser Informationen werden von den Kreditinstituten eigenständig bestimmt.

10. Diese Verordnung tritt am Tag ihrer offiziellen Veröffentlichung in Kraft.

Lug-info.com: Lage in Staniza Luganskaja

In der befreiten Ortschaft befassen sich Berater des Oberhauptes der LVR mit der Gewährleistung der Lebenstätigkeit in der Ortschaften, darunter der Bürgermeister von Lugansk Manolis Pilawow. Dorthin werden Waren des dringenden Bedarfs, Lebensmittel und Wasser gebracht.

Die Leiter und Arbeiter der Verwaltung und der kommunalen Dienste sind in Staniza Luganskaja geblieben und arbeiten weiter, sagte der Leiter der „militärisch-zivilen Verwaltung“ Albert Sintschenko. Alle Abteilungen arbeiten. Das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik erklärte, die LVR sei bereit, mit der ehemaligen Verwaltung, auch den Leitern zusammenzuarbeiten, die ihre Hände nicht mit Blut befleckt hätten.

„Ich bin überzeugt, dass uns gemeinsam alles gelingen wird. Das Wichtigste, was ich Ihnen sagen will, ist, dass wir in Frieden gekommen sind, Sie sind unsere Menschen und jetzt auch in unserem Land. Wir planen keine Repressionen, Verfolgungen. Wer kein Blut an den Händen hat, wer sich ordentlich verhalten hat, einfach nur in Staniza Luganskaja die Infrastruktur aufrecht erhalten hat, mit dem werden wir arbeiten. ... Wir werden die Arbeit mit größtem Vergnügen mit Ihnen zusammen organisieren“, sagte Pasetschnik.

„Wir haben sehr lange gebraucht, um zu Ihnen zu kommen, acht lange Jahre, aber jetzt sind wir hier. Ich bin davon überzeugt, dass Sie denken wie auch wir, dass das unser Land ist, das Land unserer Großväter und Urgroßväter, wo sie Blut vergossen haben im Kampf gegen die faschistischen deutschen Besatzer. In diesem Land gibt es keinen Platz für die Stiefel von Briten, Amerikanern, Vertretern des Westens, profaschistische, proukrainische Soldaten – das

ist unser Land und werden es zusammen in Ordnung bringen, wir werden gemeinsam mit Ihnen den Staat aufbauen, in dem wir leben werden, uns freuen werden, wo unsere Kinder leben und sich freuen werden“, unterstrich Pasetschnik.

Der Bürgermeister von Lugansk ist nun für die die Verwaltungen von Staniza Luganskaja und Stschastje verantwortlich.

19:54 (17:54) rusvesna.su: **Ein weiteres europäisches Land hat Sanktionen gegen Russland abgelehnt**

Das Mitglied des Parlaments von Bosnien und Herzegowina, Milorad Dodik, sagte, dass sich der Staat den westlichen Sanktionen gegen Russland nicht anschließen werde.

„Wir werden völlig neutral bleiben und uns weder den EU-Sanktionen noch irgendjemand anderem anschließen“, sagte er auf Sendung des RTRS-Kanals.

Darüber hinaus versicherte der Politiker, dass Bosnien und Herzegowina auch vor dem Hintergrund der Situation in der Ukraine neutral bleiben werde, obwohl einige Länder es für notwendig erachten, so schnell wie möglich „eine Seite zu wählen“.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/kreml_stop_sankcii.jpg

abends:

18:02 snanews.de: **Budapest will Lieferung tödlicher Waffen an Ukraine nicht durchlassen**

Die Europäische Kommission hat sich kürzlich für Waffenlieferungen an Kiew entschieden. Laut dem ungarischen Außenminister Peter Szijjártó wird es allerdings keine Lieferungen tödlicher Waffen über Ungarn in die Ukraine geben.

„Über Ungarn werden keine Lieferungen tödlicher Waffen an die Ukraine erfolgen. Der Grund für diese Entscheidung ist, dass diese Lieferungen Gegenstand gewaltsamer Militäraktionen werden können, und ich möchte noch einmal betonen, dass wir die Sicherheit Ungarns und des ungarischen Volkes gewährleisten und sicherstellen müssen, dass wir uns nicht in einen Krieg verwickeln“, sagte Szijjártó in einer auf Facebook geposteten Videobotschaft.

Die Aufgabe der Regierung sei es, dafür zu sorgen, dass Ungarn nicht „am Krieg nebenan“ teilnehme. „Ungarn hat zur Aktivierung des europäischen Friedenssystems beigetragen, aber

wir haben auch deutlich gemacht, dass wir keine Truppen und Waffen in die Ukraine schicken werden, weil wir in keinen Krieg verwirklicht werden wollen“, fügte Szijjártó hinzu. Aufgrund der russischen Sonderoperation in der Ukraine haben die EU-Außenminister am Sonntag vereinbart, der ukrainischen Armee Waffen im Wert von 450 Millionen Euro und 50 Millionen Euro für andere Ausrüstung zu liefern. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/1f/4861730_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_c49da58a8b56ea6634c80d0bf734d9d5.jpg

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 am 28.2.22

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt angespannt.

Die Artillerieeinheiten der bewaffneten Formationen der Ukraine verüben weiter zielgerichtet Schläge auf Wohngebiete von Ortschaften der Donezker Volksrepublik.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner **31-mal das Feuer** auf das Territorium der Donezker Volksrepublik unter Einsatz von Mehrfachraketenwerfern, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern **eröffnet**. Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **15 Ortschaften** der Republik.

Ukrainische Nationalisten aus der 56. Panzergrenadierbrigade haben

Mehrfachraketenwerfer beim Beschuss des Kiewskij-Bezirks von Donezk eingesetzt.

Infolge der ukrainischen Aggression gibt es Opfer unter der Zivilbevölkerung. **Vier Bürger starben und 12 wurden verletzt.** 16 Wohnhäuser, 3 Objekte der zivilen Infrastruktur und 6 Fahrzeuge wurden beschädigt.

Die Materialien zu Verletzung und Tod von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der BFU hinzuzufügen.

Wie wir bereits mitteilten wählen die Nationalisten als Ziele ausschließlich Objekte der zivilen Infrastruktur und Häuser friedlicher Einwohner. **Den Kämpfern aus Kiew wurde die deutliche und klare Anweisung gegeben, der Zivilbevölkerung maximalen Schaden zuzufügen.**

In **Richtung Mariupol** halten Nationalisten weiter die **Einwohner von Wolnowacha und Mariupol als lebende Schilde** fest, trotz aller Versuche der Koalition der Kräfte, einen sicheren Korridor zur Evakuierung von Zivilisten und Soldaten, die ihre Wahl zugunsten eines neuen Lebens getroffen haben und freiwillig die Waffen niederlegen wollen und nach Hause zurückkehren wollen, zu schaffen.

Das verbrecherische Kiewer Regime unternimmt weiter Maßnahmen zur gesetzlichen Rechtfertigung des Genozids an friedlichen Einwohnern der Ukraine.

Seit dem heutigen Tag werden alle Fahrzeuge, die die Regeln des Straßenverkehrs verletzen,

als Fahrzeuge von Diversions- und Erkundungsgruppen angesehen werden und können sofort vernichtet werden.

Der SBU, die ukrainischen Streitkräfte und die Polizei Kiews haben das Recht, Waffen gegen Fahrzeuge einzusetzen, die sich auf der Gegenfahrbahn befinden, auf den Busspuren, die geschlossene Linien auf den Straßen passieren, bei Rot über die Ampel fahren oder die Höchstgeschwindigkeit überschreiten. **Außerdem haben die militärischen Behörden den Befehl erhalten, Waffen ohne Warnung gegenüber denjenigen einzusetzen, die die Regeln verletzen.** Während des 28. Februar wurden 12 Fälle des Einsatzes von Waffen von Angehörigen der militärischen Einrichtungen gegen Zivilisten festgestellt. Wie oft Waffen von den Kräften der Territorialverteidigung eingesetzt wurden, ist nicht bekannt, aber die zivile chaotischen Schießereien auf den Straßen Kiews enden nicht, es sterben weiter friedlichen Einwohner.

Zum Stand am 28. Februar 2022 um 19:00 Uhr haben die Einheiten der Volksmiliz am heutigen Tag **12 Ortschaften befreit**, die sich zuvor unter Kontrolle der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte befunden haben: **Mirnoje, Kamenka, Nowoselowka, Stepanowka, Nowoselowka Wtoraja, Nowoalexejewka, Kirowo, Kremnewka, Granitnoje, Kaltschik, Gnutowo und Talakowa.**

Unsere Einheiten setzen aktiv die **Maßnahmen zur Befreiung von Ortschaften von den ukrainischen Besatzern** fort und schließen die Blockade von Mariupol und Wolnowacha ab. Im Zusammenhang mit der wachsenden Zahl von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, die freiwillig die Waffen niedergelegt und während der militärischen Spezialoperationen zum Schutz des Donbass auf die Seite der DVR übergegangen sind, hat die **Bevollmächtigte für Menschenrechte in der DVR eine Hotline eingerichtet, an die sich Mütter und Frauen von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte wenden können.**

Mütter und Frauen ukrainischer Soldaten können sich mit folgenden Fragen an die Hotline wenden:

- das Schicksal ihrer Familienmitglieder erfahren;
- ihren Gesundheitszustand erfahren;
- die Möglichkeit erhalten, sich mit ihnen in Verbindung zu setzen.

Ich wende mich an die ukrainischen Soldaten und Unteroffiziere! Sie können wie auch Ihre Brüder Ihr Leben erhalten, freiwillig von der Beteiligung an Kampfhandlungen Abstand nehmen. Es lohnt sich nicht, das Leben für die verbrecherische ukrainische Regierung und die Oligarchen zu riskieren.

Offiziere der ukrainischen Armee! Sie sind verpflichtet, das Leben ihrer Untergebenen zu schützen, treffen Sie die einzige richtige Entscheidung. Leben Sie die Waffen nieder und gehen Sie nach Hause!

19:28 snanews.de: **Polen will auf Abschaltung von Nord Stream drängen – Regierungssprecher**

Angesichts des Stopps für „Nord Stream 2“ wegen der Ukraine-Krise will Polen die Zukunft der russisch-deutschen Gaspipeline verbauen und um die Schließung der Unterwasser-Gasleitung „Nord Stream 1“ werben. Dies folgt aus den Worten des polnischen Regierungssprechers Piotr Müller, die das polnische Nachrichtenportal „Wiadomosci“ am Montag anführt.

„Es hätte keine andere Lösung geben können, das heißt, es hätte eine geben können, aber zum Glück gab es keine. Diese Entscheidung freut uns“, sagte Müller auf die Frage nach dem Stopp der Zertifizierung von der Ostsee-Pipeline „Nord Stream 2“ in Deutschland. Warschau wolle bereits bestehende Sanktionen verschärfen, insbesondere „die Schließung von Nord Stream 1 und die Blockierung der zukünftigen Nord Stream 2, auch darüber werden wir sprechen“, so der Sprecher.

„Die heutige Situation beim Rubelkurs und die Panik, die in ganz Russland beim Abheben

von Bargeld an Geldautomaten ausgelöst wurde, zeigt, dass die Sanktionen der EU, der USA, Großbritanniens und Kanadas aus der ganzen freien Welt Wirkung zeigen, und ich denke, dass Wladimir Putin dies nicht erwartet hat“, findet Müller.

Die Ostsee-Pipeline „Nord Stream 2“ steht seit September betriebsbereit. Das russisch-deutsche Projekt wurde seit langem von Transitländern Polen und die Ukraine kritisiert, die durch seine Inbetriebnahme erhebliche Einnahmen für den Gastransit einbüßen werden. Wegen der Sonderoperation Russlands legte die Bundesregierung die Zertifizierung von „Nord Stream 2“ vorläufig auf Eis.

Sanktionen und Reaktion Russlands

Am Donnerstag hatten die USA und die EU Sanktionen gegen Schlüsselsektoren der russischen Wirtschaft, die Ausfuhrkontrolle und -finanzierung, die Visapolitik, Güter mit doppeltem Verwendungszweck und russische Einzelpersonen inklusive des Präsidenten Wladimir Putin wegen der Sonderoperation Moskaus zum Schutz der Donbass-Region verhängt.

Der Kreml reagierte am Montag mit Gegenmaßnahmen im Wirtschaftsbereich. Insbesondere verbietet das Dokument den in Russland ansässigen Personen ab dem 1. März, ausländische Kredite in Fremdwährung zu gewähren, Fremdwährung zur Rückzahlung von Krediten ins Ausland zu transferieren und Fremdwährung auf Bankkonten außerhalb Russlands zu deponieren.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/08/01/3042629_0:0:1921:1080_1920x0_80_0_0_12011bb60abbe447451a664783471cd5.jpg

19:30 snanews.de: „Recht auf Selbstverteidigung“: Russlands UN-Botschafter zu Militäroperation in Ukraine

Wassili Nebensja, der russische Botschafter bei den Vereinten Nationen, hat die russische Sonderoperation in der Ukraine in Verbindung mit dem Recht Russlands auf Selbstverteidigung nach den Äußerungen der Regierung in Kiew über den atomwaffenfreien Status gebracht.

„Im Rahmen einer militärischen Sonderoperation übt Russland das Recht auf Selbstverteidigung gegen ein Regime aus, welches den Zugang zu Atomwaffen wiederherstellen wollte. Der ukrainische Präsident hat dies am 18. Februar während der Konferenz in München ausdrücklich erklärt. Und seine Erklärung wurde von den Konferenzteilnehmern mit Beifall begrüßt“, sagte Nebensja bei der Notfall-Sondersitzung der UN-Generalversammlung.

Er ging auch auf einen möglichen Nato-Beitritt der Ukraine ein.

„Der Nato-Beitritt der Ukraine ist für uns vor allem aus militärstrategischen Überlegungen eine rote Linie. Die Stationierung von Nato-Infrastruktur in diesem Land würde uns zwingen, solche Gegenmaßnahmen zu ergreifen, welche Russland und die Nato an den Rand eines

Konflikts bringen würden“, sagte der russische UN-Botschafter.

Er erinnerte daran, dass der russische Präsident Wladimir Putin 2008 auf dem Russland-Nato-Gipfel in Bukarest davor gewarnt hatte, dass die Mitglieder des Bündnisses dreimal nachdenken sollten, bevor sie vermerken würden, dass die Ukraine und Georgien Nato-Staaten sein würden.

Russland habe keinen Krieg gegen die Ukraine begonnen, es beende den von Kiew entfesselten Krieg gegen seine eigene Bevölkerung, hieß es.

„Russland hat keine Kampfhandlungen begonnen. Diese Kampfhandlungen wurden von der Ukraine gegen ihre eigenen Einwohner, Einwohner des Donbass und gegen alle diejenigen eingeleitet, die mit der Militärregierung nicht einverstanden sind. Russland beendet diesen Krieg“, stellte Nebensja klar.

Russland plane nicht, die Ukraine zu besetzen, hieß es weiter.

„Der Zweck dieser Spezialoperation ist es, Menschen zu schützen, welche acht Jahre lang dem Missbrauch und Völkermord durch das Kiewer Regime ausgesetzt waren“, sagte er. Ihm zufolge ist es dafür notwendig, die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine durchzuführen.

Nebensja warf dem Westen vor, Desinformation und Falschmeldungen rund um die Operation in der Ukraine zu verbreiten.

Vor allem würden die von den Streitkräften der Ukraine (WSU) und Nationalisten zerstörten Häuser im Donbass von den westlichen Medien am häufigsten schamlos als Folgen des Einsatzes ausgegeben.

„Wir hören ständig Lügen und Fälschungen über die wahllose Bombardierung ukrainischer Städte, Krankenhäuser, Schulen und Kindergärten. Die russische Armee bedroht keine Zivilisten in der Ukraine, sie beschießt keine friedlichen Objekte“, sagte er. Zuvor hatte der Ständige Vertreter der Ukraine, Sergej Kislitsa, Russland beschuldigt, zivile Infrastruktur angegriffen zu haben. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/1c/5595221_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_1ad43cbf10f4ce5d422241c2572c146e.jpg

Armiyadnr.su: Außerplanmäßige Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR Oberst E. Basurin am 28.02.22 um 19:30 Uhr

Derzeit bereiten **nationalistische Einheiten von „Asow“ in Mariupol** unter Leitung des Sicherheitsdienstes der Ukraine **Provokationen gegen die Zivilbevölkerung und Einheiten der Russischen Föderation** vor.

So plant der SBU gemeinsam mit Kämpfern von „Asow“ unter dem Anschein von Einheiten der Streitkräfte Russlands, die an der Spezialoperation auf dem Territorium der Ukraine beteiligt sind, Wohnhäuser und Bürger von Mariupol zu beschießen.

Zurzeit färben Nationalisten von „Asow“ Technik der ukrainischen Streitkräfte um, bringen Erkennungszeichen von Einheiten der Russischen Föderation an, das Personal wird in Uniformen Russlands gekleidet.

Außerdem planen Mitarbeiter des SBU, auf dem Territorium der Donezker und Lugankser Volksrepublik in ziviler Kleidung eine Reihe Diversionen gegen Soldaten der RF und der Volksmiliz.

21:14 de.rt.com: **Großbritannien weist seine Häfen an, alle Schiffe mit Verbindungen zu Russland zu blockieren**

Am Montag hat Großbritannien seine Häfen angewiesen, alle Schiffe zu blockieren, die unter russischer Flagge fahren oder von denen angenommen wird, dass sie bei einer mit Russland verbundenen Person registriert sind.

Großbritannien hat am Montag seine Häfen angewiesen, alle Schiffe zu blockieren, die unter russischer Flagge fahren oder von denen angenommen wird, dass sie bei einer mit Russland verbundenen Person registriert sind, ihr gehören oder von ihr kontrolliert werden.

Laut der Nachrichtenagentur Reuters erklärte Verkehrsminister Grant Shapps in einem Schreiben an alle britischen Häfen, dass nach dem Einmarsch Russlands in der Ukraine weitere detaillierte Sanktionen gegen die russische Schifffahrt ausgearbeitet würden:

"Der Schifffahrtssektor ist für den internationalen Handel von grundlegender Bedeutung, und wir müssen unseren Teil dazu beitragen, die wirtschaftlichen Interessen Russlands einzuschränken und die russische Regierung zur Rechenschaft zu ziehen", heißt es in dem auf Twitter veröffentlichten Schreiben.

Shapps sagte, dass russische Schiffe nicht mehr in britische Häfen einlaufen dürfen. Jedes Schiff, das mutmaßlich im Besitz, unter der Kontrolle, gechartert oder betrieben von einer Person mit Verbindungen zu Russland ist, soll demnach gesperrt werden.

Weiterhin soll jedes Schiff, das von einer "designierten Person" betrieben wird, und jedes Schiff, das unter russischer Flagge fährt oder in Russland registriert ist, ebenfalls gesperrt werden.

"Wir werden versuchen, die Häfen des Vereinigten Königreichs dabei zu unterstützen, russische Schiffe zu identifizieren, die unter die oben genannten Bestimmungen fallen, und werden direkt mit den betreffenden Häfen kommunizieren, wenn wir Schiffe identifizieren, die britische Häfen anlaufen und unter die oben genannten Bestimmungen fallen", sagte Shapps.

Russland hatte bereits auf andere Sanktionen wie die Entscheidung des Vereinigten Königreichs und der EU, russischen Flugzeugen die Nutzung ihres Luftraums zu untersagen, entsprechend reagiert. Russische Schiffe, die Energieladungen transportieren, laufen regelmäßig britische Häfen an.



<https://cdn1.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/621d2aab48fbef4a66772f32.jpg>

21:24 snanews.de: **London eröffnet 15 Ermittlungen gegen RT-Nachrichtensendungen**

Die britische mediale Regulierungsbehörde Ofcom hat am Montag 15 Untersuchungen zu RT-Nachrichtensendungen eingeleitet.

Sie hätten „einen deutlichen Anstieg der Anzahl von Programmen auf RT beobachtet, die gemäß dem Kodex der Rundfunkübertragung nach einer Untersuchung verlangen“, teilte die Agentur in einer Erklärung mit.

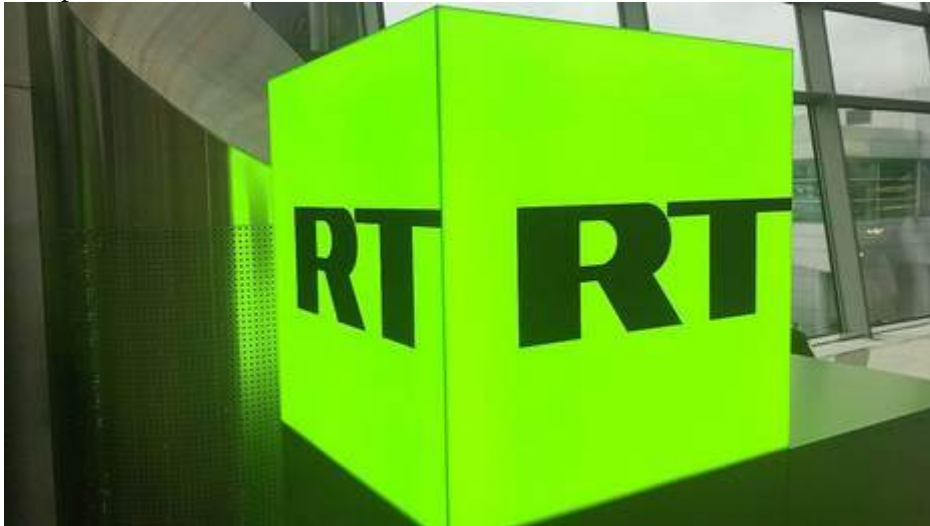
„Ofcom hat heute 15 neue Untersuchungen zu notwendiger Unparteilichkeit von Nachrichtenprogrammen im Nachrichtensender RT eingeleitet“, hieß es.

Die Untersuchungen betreffen demnach 15 Folgen der stündlichen Nachrichtensendung, die am 27. Februar 2022 von 05.00 bis einschließlich 19.00 Uhr auf RT ausgestrahlt wurden, und werden angesichts der Schwere und Dringlichkeit der aktuellen Krise beschleunigt.

„Wir erwarten volle Kooperation von RT“, sagte Ofcom abschließend.

Im Umgang mit wichtigen Themen wie die Krise in der Ukraine müssen alle Ofcom-Lizenznehmer „die im Kodex festgelegten speziellen Anforderungen an die Unparteilichkeit beachten“. „Diese Regeln verlangen von den Sendern, zusätzliche Schritte zu unternehmen, um die volle Unparteilichkeit zu wahren, nämlich durch die Einbeziehung und gebührende Gewichtung einer breiten Palette signifikanter Ansichten“, erklärte Ofcom.

Zuvor hatte der britische Premierminister Boris Johnson Ofcom gebeten, RT auf Verstöße zu überprüfen, da er der Ansicht sei, dass die Materialien des Senders „der Wahrheit schaden“.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/15/5087872_0:132:1280:852_1920x0_80_0_0_066d6dd05a0c0af8bdb7f46215994882.jpg